



Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 6 | 2025

Sitzung vom / Séance du 12.12.2025



multiplicity



multiplicity



TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Freitag, dem 12. Dezember 2025

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

Finanzen der Stadt Luxemburg: Budgetdebatten – Diskussionsbeiträge der
Gemeinderäte

512

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In öffentlicher Sitzung

FINANZEN DER STADT LUXEMBURG: BUDGETDEBATTEN – DISKUSSIONSBEITRÄGE DER GEMEINDERÄTE

Rat Robert PHILIPPART (DP): Ich beglückwünsche Rätin Anne Kaiffer für ihren Budgetbericht. Mir hat besonders gut gefallen, dass sie den Handel, den Teil der Seele, der Lebensqualität und der Attraktivität einer Stadt ist, in den Mittelpunkt gestellt hat. Rätin Kaiffer unterstreicht zu Recht, dass der Schöffenrat immer wieder neue Maßnahmen ergreift, um den Handel zu unterstützen. Mein Dank geht auch die Finanzkommission und an alle Dienststellen, die an der Aufstellung der Budgetdokumente mitgearbeitet haben.

Der Schöffenrat hält an seiner vorsichtigen Budgetpolitik und an der Umsetzung der Schöffenratserklärung fest. In diesen schwierigeren Zeiten ist es wichtig, dass eine Gemeinde die Investitionstätigkeit hochhält, um unsere Wirtschaft zu unterstützen und um die Gemeinde auf morgen vorzubereiten. Die hohen Investitionen in den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden unterstütze ich voll und ganz, zumal diese der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum dienen. Das Politbarometer zeigt, dass die Stadt Luxemburg mit den VEFA-Projekten und dem Erwerb neuer Wohnungen im Rahmen neuer Teilbebauungspläne auf dem richtigen Weg ist.

Die Stadt entwickelt ihre Personalressourcen parallel zum Wachstum der Stadt und investiert auch in die Weiterbildung. Die Stadt Luxemburg zählt zu den größten Arbeitgebern des Landes. Sie verfügt über gute und qualifizierte Mitarbeiter, denen ich für ihren täglichen Einsatz danken möchte.

Beim Lesen des Budgetberichts hat mir besonders gut gefallen, dass sich die Umsetzung der Ergebnisse der Apéri'tours in konkreten Zahlen widerspiegelt. Die Stadt Luxemburg hört auf ihre Bürger und hält Wort.

Ich möchte auf verschiedene Kulturinstitutionen eingehen, die nicht immer im Rampenlicht stehen, für unser Zusammenleben und unser historisches Gedächtnis aber wesentlich sind: die Museen, die Fotothek, die Kinemathek, die City-Bibliothek, die Dienststelle „Coordination culturelle“ und die städtischen Archive. Auf die Theater und das Konservatorium werden sicherlich andere Redner eingehen. Kultur nimmt im Budget 2026 einen wichtigen Stellenwert ein: Mehr als 9 % der ordentlichen Ausgaben und 2,8 % der außerordentlichen Ausgaben entfallen auf diesen Bereich. Zählt man die urbanistischen Projekte hinzu, die einen direkten Impakt auf unsere Kulturlandschaft haben, liegt der Anteil bei weit mehr als 10 %. Europaweit positionieren wir uns damit ganz oben im Ranking. Die Stadt Frankfurt investiert 3 % ihres Gesamtbudgets in die Kultur, Wien 2 %, Zürich und Paris 1,5 % und London weniger als 1 %. Meine Glückwünsche an die Stadt Luxemburg für dieses Engagement!

Für den Ausbau der Kinemathek (Kostenvoranschlag: 43,6 Millionen Euro) sind im Budget 2026 sechs Millionen Euro eingeschrieben, für die Renovierung des Auditoriums des Konservatoriums 5,3 Millionen und für die Renovierung der „Maison Michel Rodange“ in Clausen 1,8 Millionen Euro. Die außerordentlichen Ausgaben für das Konservatorium haben sich damit versechsfacht. Das Projekt für die Modernisierung der Kinemathek umfasst einen Saal mit einer Kapazität von bis zu 177 Personen, einen zweiten Saal mit einer Kapazität von 72 Personen, einen Schulungs- und einen Gastronomiebereich. Die Teams der Kinemathek und des Konservatoriums

beweisen eine große Anpassungsfähigkeit, um ihre Kulturprogramme trotz der Bauarbeiten ohne größere Einschränkungen umzusetzen. Das Konservatorium mit seinen 256 Mitarbeitern und das städtische Theater mit seinen rund 100 Mitarbeitern zählen zu den größten Kultur-Dienstleistern. Die Kinemathek beschäftigt 20 Personen. Die Fortbildungskosten für die Mitarbeiter der Kinemathek steigen von 4.800 € im Jahr 2024 auf 16.000 € im Jahr 2026. Dies unterstreicht die Bedeutung, die der Kompetenzentwicklung auf Personalebene beigemessen wird. Die Kosten für Beratungshonorare steigen von 69.000 auf 122.000 €.

4,75 Millionen Euro fließen in die Renovierung und Modernisierung unserer Kulturzentren, darunter das „Drescherhaus“ in Dommeldingen, die Victor-Hugo-Halle auf Limpertsberg sowie die Kulturzentren von Hollerich und Weimershof. Es ist wichtig, die Kulturzentren zu modernisieren, denn es handelt dabei um die Herzstücke des kulturellen Vereinslebens.

Im Rahmen des Mansfeld-Projektes wird eine neue Tranche von 550.000 € investiert. Es ist ein wichtiges Projekt, mit dem Ziel, einen historischen Standort zu valorisieren, weiterzuentwickeln und ihm neues Leben einzuhauen. Die „Organisation des villes du patrimoine mondial“ hat dieses Projekt in ihrem „Atelier international du Réseau collaboratif de Marrakech“ als weltweites Modellprojekt vorgestellt.

Im Budget findet sich auch ein Startkredit von 500.000 € für die Neugestaltung der Rue du Nord. 200.000 € sind für die Neugestaltung der Schmëtt in Stadtgrund eingeschrieben und 1,5 Millionen Euro als weitere Tranche für den Bau einer neuen Brücke zwischen dem Biisserwee und der Rue St Ulric. Dieses Projekt trägt zur Valorisierung der Wenzelsmauer bei und kommt jener des Stierchen gleich. Zu erwähnen ist auch die Neugestaltung des Gebäudes an der Place des Bains, in dem sich zuvor ein Jugendzentrum befand, und wo nach Fertigstellung der Renovierungsarbeiten die Stadtarchive einziehen werden.

Dies alles sind wichtige Investitionen, um das kulturelle Leben im historischen Stadtzentrum zu halten. Die Projekte sind von hoher Qualität und haben Modellcharakter für den Privatmarkt. Sie zeigen, wie man national geschützte, in der UNESCO-Zone gelegene Gebäude renovieren und an geltende Normen anpassen, sie für jedermann zugänglich machen und dabei auch noch zeigen energetisch sanieren kann.

Im Jahr 2024 haben die Museen der Stadt Luxemburg 105.000 Besucher empfangen, ein neuer Rekord. Kulturelle Aktivitäten haben dabei eine immer wichtigere Rolle gespielt, insbesondere in der Villa Vauban, aber auch im Luxembourg City Museum. 2024 war von großen Sonderausstellungen geprägt – von „All you can eat“ und „Pure Europe“ über „Babel heureuse?“ bis hin zur Ausstellung „1624“. Das Urban History Festival hat mehr als 2.000 Besucher angezogen. Das Projekt der Annexe des Luxembourg City Museum ist abgeschlossen. Die Ausgaben des Museums im IT-Bereich steigen von 75.600 € (2024) auf 161.000 € (2026). Das Museum ist digital bereits gut aufgestellt, doch es ist wichtig, weitere Investitionen zu tätigen. Ist eine Neugestaltung der gesamten Fläche des Erdgeschosses vorgesehen? Die ordentlichen Ausgaben steigen von 9,4 auf 11,50 Millionen Euro, was zu begrüßen ist. Die Zahl der Mitarbeiter steigt von 43 auf 46. Reicht diese moderate Personalentwicklung, um neuen technischen und inhaltlichen Anforderungen gerecht zu werden oder müssen die Kapazitäten in den Museen der Stadt Luxemburg weiter erhöht werden?

Sowohl in den städtischen Theatern als auch in den „Deux Musées“, der Fotothek und der Kinemathek bleiben die Promotionskosten auf hohem Niveau oder steigen sogar an. Das ist wichtig, um neue Besucher zu gewinnen und treue Besucher bei der Stange zu halten.

Die Fotothek hat einen Bestand von rund 7 Millionen Fotos. 2,5 Millionen Fotos sind digitalisiert. Zwischen 2016 und Ende 2024 wurden 325.000 digitale Bilder in der Datenbank erfasst. Diese Fortschritte unterstreichen den Impakt, den die Einstellung von spezialisiertem Personal hat. Auch im Bereich „Public engagement“ wurde 2024 ein bedeutender Erfolg verzeichnet. Die Sommersausstellung im Ratskeller hat innerhalb von zwei Monaten rund 10.000 Besucher angezogen. Dies bestätigt die Relevanz der Sammlungen und das Publikumsinteresse an aktuellen Themen. Es freut mich zu lesen, dass die ordentlichen Ausgaben um 10,4 % und die außerordentlichen Ausgaben um 80 % (von 80.000 auf 145.000 €) steigen. Das Budget für den Ankauf von Kunstwerken wird von 10.000 auf 30.000 € angehoben. Die Ausgaben für Software sind rückläufig (von 44.000 auf 25.000 €). Investitionen in die Digitalisierung der Fonds und in eine Recherche-Plattform sind absolut notwendig. Wie gedenkt der Schöffenrat in Zukunft mit dieser Herausforderung umzugehen?

Im Jahr 2024 hat die „Luxembourg City Bibliothek“ 10 Mitarbeiter beschäftigt und zählte 13.914 Besucher. Die städtische Bibliothek ist besonders für ihr kulturelles und pädagogisches Engagement bekannt, u.a. für die „literarischen Montage“ und die Ateliers für Kinder. Sie hat sich aktiv an der „Journée internationale du livre et du droit d'auteur“ sowie am Projekt „Villa Plage“ beteiligt. Insgesamt wurden 128.000 Dokumente ausgeliehen und 1.400 Personen haben sich neu eingeschrieben. Dies unterstreicht die Beliebtheit der Dienststelle. Die Progression der ordentlichen Ausgaben liegt bei 1,9 %, während sich die außerordentlichen Ausgaben versiebenfachen (von 15.779 auf 120.000 €). Die Investitionen fließen vor allem in IT-Material (von 2.617 auf 80.000 €). Es wird auch in mobiles Mobiliar für die Besucher investiert, um auf das immer größere Publikumsinteresse an digitalisierten Formaten zu reagieren. Die Zahl der Mitarbeiter liegt nun bei 21 Personen. Die Fortbildungskosten sind von 0 auf 3.000 € gestiegen.

Die Personalressourcen der Archive der Stadt Luxemburg sind zwischen 2019 und heute von 5 auf 8 Posten gestiegen. Die Archive verwalten derzeit 3.200 laufende Meter analoges Archivmaterial, rund 13.000 Pläne rund 9.500 Plakate, 350 Urkunden und eine Bibliothek mit rund 4.000 wissenschaftlichen Werken. Die digitalen Archive umfassen 25.270 Dossiers, die online zugänglich sind. Im vergangenen Jahr wurde unser Online-Inventar 10.300-mal besucht. 380 Akten oder Archive wurden vor Ort und 2.300 online eingesehen. In Zusammenarbeit mit dem Service *Communication et Relations publiques* wurde im Jahr 2019 die Facebook-Seite erfolgreich lanciert, um die Sichtbarkeit der Archive bei der breiten Bevölkerung zu erhöhen und einen Schritt in Richtung Mainstream zu gehen, ohne dabei auf Wissenschaft zu verzichten. Könnten die Aktivitäten der im digitalen Bereich tätigen Dienststellen der Stadt noch enger verknüpft werden, um so noch mehr Menschen zu erreichen und für das in den Archiven aufbewahrte Patrimonium zu sensibilisieren? Am Standort „Kalkchesbréck“ wurde ein neues Lager eingerichtet. Die Archive werden in ein zentral gelegenes Gebäude (1, Place des Bains) umziehen, für dessen Renovierung und Modernisierung die Stadt Luxemburg 2,6 Millionen Euro investiert. Auch Räumlichkeiten für Forscher werden dort zur Verfügung stehen. In vielen anderen Städten wurden die Archive in Unter- oder Dachgeschossen von Gebäuden am Stadtrand untergebracht. Es ist zu begrüßen, dass unser historisches Gedächtnis mitten im Stadtzentrum und in einem historischen Gebäude untergebracht wird. Dies unterstreicht den Stellenwert, den die Kultur in der Stadt Luxemburg genießt. Der Umzug ist für Ende 2026 vorgesehen.

Ich begrüße, dass der Schöffenrat den Archiven die nötigen Mittel für eine neue Software zur Verfügung stellt, damit die Plattform, die fantastisch funktioniert und das gleiche Niveau wie „E-Luxemburgensia“ hat, mit den Bedürfnissen der Forschung Schritt halten kann.

Bei der Dienststelle „Coordination culturelle“ steigen die ordentlichen Ausgaben von 3,83 Millionen Euro im Jahr 2021 auf heute mehr als 7 Millionen Euro. Das Budget beinhaltet auch „subventions affectées“ zur Finanzierung von großen Veranstaltungen und Festivals sowie „participations à caractère spécifique“ in ALAC, Cercle Cité oder Rotunden. Die Dienststelle zählt fünf Mitarbeiter. Die „Coordination culturelle“ ist ein wichtiger Akteur in einer internationalen und multikulturellen Stadt, bringt sie doch alle Akteure zusammen. Die Arbeit der Dienststelle wird auch im Rahmen der Publikationen „Ons Stad“ und „City Mag“ sowie der kulturellen Module auf der Internetplattform der Stadt Luxemburg sehr geschätzt. Ihr Aufgabenfeld reicht von der Mission, das kulturelle Image der Stadt aufzubauen, bis hin zur Festlegung von Kriterien für die Aufstellung von Kunstwerken im öffentlichen Raum. Eine Kernaufgabe besteht darin, eine Verbindung mit den Kulturvereinen und dem Staat aufzubauen und zu pflegen sowie auch die Zusammenarbeit mit der Kulturregierung. Das Team zeigt eine reelle Passion für seine Arbeit. Im Jahresbericht werden klare Ziele definiert. Die Budgetsteigerung entspricht weitgehend diesem Programm. Die Zukunftsvisionen der Dienststelle lassen keinen Zweifel daran, dass man die Investitionen auch in den kommenden Jahren hochhalten muss.

Ich kann den Schöffenrat für den Budgetentwurf 2026 nur beglückwünschen: Er liegt klar in der Linie der Schöffenratserklärung, setzt die Empfehlungen der Apéri'tours konkret um, hält die Investitionen hoch und sieht einen Ausbau der Kultur vor.

Rat François BENOY (déi gréng): Vorab sei dem Schöffenrat für die Aufstellung des Budgets 2026 gedankt. Bedanken möchte ich mich auch bei Finanzschöffe Laurent Mosar, bei Rat Claude Radoux als Präsident der Finanzkommission, bei Rätin Anne Kaiffer als Budgetberichterstatterin sowie beim Finanzdienst, bei Frau Sandra Mathes, *Secrétaire-Administrateur général*, und allen anderen Mitarbeitern der Stadt Luxemburg, die an der Erstellung der Budgetdokumente mitgearbeitet haben.

Ein Budget zeigt auf, in welche Richtung die Politik des Schöffenrates und der Majorität gehen will. Wir stehen vor großen Herausforderungen: Klimakrise, Wohnungsnot, der weiter zunehmende Verkehr, die Tatsache, dass es immer mehr Menschen nicht gelingt, finanziell über die Runden zu kommen. Doch anstatt diese Herausforderungen im Budget als klare Prioritäten zu verankern, setzt der Schöffenrat auf ein „Weiter so!“. Ich werde auf einige Realitäten eingehen, welche die DP-CSV-Majorität nicht unbeachtet lassen kann.

Der Budgetentwurf 2026 sieht ein hohes Defizit von 232 Millionen Euro vor. Das rektifizierte Budget 2025 wird mit einem Defizit von 175 Millionen Euro schließen, nachdem der Budgetentwurf 2025 von einem Defizit von 153 Millionen Euro ausgegangen war. In der Kommissionssitzung sagte Schöffe Mosar, dass das Endergebnis (in den Konten 2025) besser sein werde, aber auch, dass mit einem Bonus nicht zu rechnen sei. Aus den Konten 2024 geht hervor, dass keine Reserven mehr angelegt wurden. Wir scheinen demnach einen Wendepunkt erreicht zu haben. Ende 2024 beliefen sich die Reserven auf 1,4 Milliarden Euro, Ende 2025 auf 1,2 Milliarden Euro. Für 2026 wird davon ausgegangen, dass die Stadt über Reserven von 900 Milliarden Euro verfügen wird. Sollte an diesem Rhythmus festgehalten werden, werden die Reserven 2030 aufgebraucht sein. Die nächsten Kommunalwahlen finden 2029 statt, d.h. dass die aktuelle Majorität dann sämtliche Reserven aufgebraucht haben wird. Die fetten Jahre werden dann definitiv vorbei sein. Der Schöffenrat verfährt nach dem Prinzip „Nach uns die Sintflut“, was von einer nicht nachhaltigen und wenig verantwortungsbewussten Politik zeugt – auch gegenüber den zukünftigen Generationen.

Den Rückgang der Reserven führt der Schöffenrat vor allem auf das aktuelle Umfeld zurück. Dies mag zum Teil richtig sein, doch stehen hinter den im Budget eingeschriebenen Ausgaben auch Entscheidungen der DP-CSV-Majorität. Auch wenn die Stadt auf die Einnahmen weniger Einfluss nehmen kann, verfügt sie doch über einen gewissen Handlungsspielraum. Inwiefern wird auf staatliche Subsidien zurückgegriffen? Ich habe den Eindruck, dass die Stadt dabei Zurückhaltung übt und lieber auf staatliche Subventionen verzichtet, als sich vom Staat in ihre Angelegenheiten hineinreden zu lassen (z.B. im Wohnungsbau und der Sportpolitik). Wie ist der Umgang mit den kommunalen Taxen in Bereichen wie Abfall, Mobilität, Grundsteuer, leerstehende Wohnungen und Geschäftslokale? Hier wäre durchaus eine Umverteilung möglich. Man könnte diejenigen Bürger belohnen, die im Interesse der Gesellschaft bzw. der Gemeinde handeln. So könnte die Stadt auch dem Ziel, höhere Einnahmen zu erzielen, näherkommen. In den vergangenen zehn Jahren hat sich diesbezüglich wenig getan.

Wie sieht es bei den Personalkosten aus? Vergangenes Jahr wurden 200 weitere Personen eingestellt, womit die Stadt nun rund 4.600 Mitarbeiter hat. Zudem wird weiterhin häufig auf externe Dienstleistungen zurückgegriffen. Auf Ebene der außerordentlichen Ausgaben stehen viele kostspielige Projekte an. Es kommt immer wieder zu Kostenüberschreitungen – nicht nur durch Preissteigerungen, sondern auch durch die Entwicklung, Verwaltung und Kontrolle von Projekten – und das liegt in der Verantwortung des Schöffenrates!

Wir lesen in den Budgetdokumenten, dass Projekte mit Gesamtkosten von 2.667,2 Millionen Euro noch nicht im Gemeinderat zur Abstimmung standen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzsituation ist es wichtig, dass die Projekte genau im Blick behalten werden, dass kein Geld verschwendet wird und die Projekte nachhaltig und zukunftsorientiert sind. Viele Projekte, die von der Majorität genehmigt wurden, während *déi gréng* sie nicht mitgetragen bzw. sich beim Votum enthalten haben, werden diesen Erfordernissen nicht gerecht. Ein markantes Beispiel dafür ist der Straßenbau: Fast immer wird nach den Infrastrukturarbeiten der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt, statt von Anfang an eine zukunftsfähige Mobilität und ökologische Aspekte mitzudenken. Bei der Kanalisation wird weiterhin auf das Mischsystem gesetzt und es fehlt eine längerfristige Strategie in Richtung Trennsystem. Das Gleiche gilt für den Bereich Gas. Bei der Wiederherstellung des Oberbaus der Straßen wird den Anforderungen der Zukunft nicht konsequent Rechnung getragen, sei es in Bezug auf den Hitzeschutz, die Förderung der sanften Mobilität oder die Verkehrsberuhigung und die Begrenzung des Durchgangsverkehrs. Die Rue de Wiltz wurde in den initialen Zustand zurückgebaut, ebenso die Rue Gengler und die Rue Nic Martha – ein Projekt, das wir nicht mitgetragen haben, in einem sehr sensiblen Stadtteil mit öffentlichen Plätzen und Schulen. Irgendwann wird dann für viel Geld nachgebessert, um den Verkehr zu beruhigen, wie z.B. in Merl, Bonneweg und Limperdsberg. Wenn aus provisorischen Maßnahmen definitive Maßnahmen werden, müssen erneut die Bagger anrücken. So werden öffentliche Gelder oft doppelt und manchmal sogar dreifach ausgegeben.

In Luxemburg-Stadt sind die Mieten am höchsten – nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Vergleich: Aus einer Deloitte-Studie geht hervor, dass die Mietpreise in der Stadt Luxemburg noch höher sind als in Paris oder Dublin. Wir alle haben Freunde oder Bekannte, die in der Hauptstadt aufgewachsen sind, sich die hohen Mieten jedoch nicht mehr leisten können und daher in andere Gemeinden umziehen müssen. Dies gilt sogar für die Mittelschicht. Auch die Zahl der Obdachlosen nimmt zu. Viele Menschen – nicht nur mit Drogenproblemen – leben auf der Straße, manche sogar im Wald. Dies alles zeugt von einer wachsenden Armut.

Ich erkenne an, dass die DP-CSV-Majorität in den Ankauf von VEFA-Wohnungen investiert. Andererseits besitzt die

Stadt große Grundstücke, auf denen die Projekte nicht voranschreiten, z.B. an der Route d'Arlon und im Bereich der Porte de Hollerich. Der Gemeinderat wurde bisher weder mit Umklassierungen im Flächennutzungsplan noch mit fertigen Projekten befasst. Diese Projekte sollten prioritätär sein. Auch ist keine Strategie zu erkennen, wie die Stadt die Instrumente, die der Wohnungsbaupakt 2.0 bietet, voll zu nutzen gedenkt. Die Stadt sollte alle Wohnungen, die sie erwirbt, in ihren Mietwohnungspark aufnehmen. Die Projekte, auch privater Natur, müssen anständig begleitet werden. Die Zeit des Laissez-faire muss enden! Die Stadt sollte proaktiv auf private Promotoren einwirken, damit die Projekte vorankommen. Da kommt mir das Urbanisierungsprojekt „Place de l'Etoile“ in den Sinn. Zur Zeit, als ich als Journalist über die Gemeinderatssitzungen der Stadt Luxemburg berichtete, hieß es, bald würden auf der Place de l'Etoile die Bagger rollen. Fast 20 Jahre sind vergangen und es geht immer noch nicht voran.

Wir begrüßen das Housing-First-Projekt in Hollerich, das wir kürzlich gutgeheißen haben, und hoffen auf eine schnelle Umsetzung. Vor einigen Jahren haben wir der Schaffung einer Übernachtungsstruktur in Eich zugestimmt. Warum dauert es mit der Umsetzung dieses Projektes so lange?

Im Jahr 2025 hat der „Drogendesch 2.0“ stattgefunden. Wir alle kennen die hervorragende Arbeit des CNDS im Abrigado, doch eine zentrale Drogenstruktur reicht nicht. Wir brauchen dezentrale Strukturen, um das Bahnhofsviertel und Bonneweg zu entlasten. Andere europäische Städte haben es auf diese Art und Weise geschafft, die Probleme in manchen Vierteln zu reduzieren. Preissteigerungen und hohe Mieten gehören zu den Hauptursachen von Armut und Prekarität. Daher muss die Stadt noch proaktiver mit Akteuren wie „Stëmm vun der Strooss“, Rotes Kreuz, Inter-Actions und HUT zusammenarbeiten. Im Sinne der Dezentralisierung müssen soziale Strukturen gleich bei der Ausarbeitung von Teilbebauungsplänen vorgesehen werden. Wir wünschen uns weitere „Tiers lieux“, die Menschen zusammenbringen und gegen Vereinsamung helfen. Was ist dran an den Gerüchten, dass die „Stëmm vun der Strooss“ aus dem Bahnhofsviertel wegziehen wird? Eine solche Struktur muss unterstützt werden und es dürfen ihr keine Steine in den Weg gelegt werden.

Wenn wir über soziale Gerechtigkeit reden, spielt die Schule eine zentrale Rolle. Die Schule gehört – wie die Sicherheit und der Handel – zu den Bereichen, in denen die Stadt Luxemburg gerne auf die Kompetenz des Staates verweist, wies es Schöffe Mosar bei der Vorstellung des Budgets getan hat. Bei Schulschöffe Paul Galles erkennen wir eine gewisse Dynamik, doch würden wir uns ein schnelleres Vorankommen wünschen. Die Neugestaltung des Schulhofs im Bahnhofsviertel ist seit langem ein Thema, doch die Initiative schreitet nur langsam voran. Beim Thema soziale Gerechtigkeit ist auch die Hausaufgabenhilfe zu nennen. Diese muss im Rahmen der PEPs noch proaktiver angegangen werden, da viele Eltern den ganzen Tag lang arbeiten müssen. Es hätte früher damit begonnen werden müssen, unsere Schulgebäude für die Umsetzung des Projektes Alpha fit zu machen. Unsere Fraktion begrüßt dieses Projekt, doch ist im Budget nichts darüber zu finden. In der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Schulfoyers bzw. im Rahmen der Schulorganisation hätten wir uns noch mehr Input in Bezug auf den Bereich der sozialen Gerechtigkeit gewünscht.

In seiner Rede zur Schulorganisation sagte Schöffe Galles, der Anteil an öffentlichen Kindergarten auf dem Stadtgebiet liege bei 10 %. Die Bürger sind mit den öffentlichen Kindergarten zufrieden und wünschen sich deren mehr. Daher unser Appell an den Schöffenrat, diesem Wunsch zu entsprechen.

Das Foyer „Pinocchio“ ist vom Bahnhofsviertel nach Bonneweg umgezogen und befindet sich dort in einer alten Modularstruktur, die aus einer Notsituation heraus wieder verwertet wurde. Welches sind die längerfristigen Pläne für

diesen Standort, an dem sich auch ein weiteres Foyer in einer Modularstruktur befindet?

Das Thema Airtramp wurde bereits des Öfteren von Kollegin Christa Brömmel angesprochen. Wenn meine Informationen richtig sind, hat die Stadt Luxemburg nur ein einziges Airtramp. Eigentlich sollte jede Schule über ein solches verfügen. Im Budget 2026 sind nur 3.000 € eingeschrieben. Hier braucht es unbedingt weitere Anstrengungen.

Ein weiteres Thema, das die Menschen laut Politmonitor sehr beschäftigt, ist die Mobilität. Vor fast zwei Jahren habe ich betont: „Ein Mobilitätsplan allein reicht nicht – es muss auch geliefert werden.“ Ich muss leider feststellen, dass in den vergangenen zwei Jahren nicht viel geliefert wurde. Laut Mobilitätsplan werden die Mobilitätsbewegungen auf dem Stadtgebiet bis 2035 um 33 % zunehmen, und das Ziel (auf der Grundlage von Szenario 2) besteht darin, 51 % nachhaltige Mobilität zu erreichen. Was wurde unternommen? Im Jahr 2025 wurden verkehrsberuhigende Maßnahmen für die Viertel Merl, Hollerich und Limpertsberg getroffen. Dann wurden Maßnahmen zurückgezogen, ohne durch andere ersetzt zu werden. Im Viertel Limpertsberg wurden etliche der angekündigten Maßnahmen bisher nicht umgesetzt. Das Anbringen von Berliner Kissen war angekündigt worden. Fakt ist, dass bisher nicht alle angebracht wurden. Der Schöffenrat hatte versprochen, im Jahr 2025 auch für andere Stadtteile verkehrsberuhigende Maßnahmen vorzustellen. Bisher sind keine weiteren Maßnahmen angekündigt worden.

Das vom Schöffenrat zurückbehaltene Szenario sieht das wichtigste Wachstumspotenzial beim Fahrradverkehr. Verbesserungen in Bezug auf Radwege lassen sich kaum, um nicht zu sagen keine feststellen. Das augenfälligste Beispiel sind die so genannten Fahrradstraßen („rues cyclables“). Im Februar 2022 hatte ich konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet, u.a. für die Fahrradroute im Viertel Bonneweg. Doch Verbesserungsmaßnahmen wurden bisher nicht ergriffen.

Kürzlich habe ich gelesen, dass die Stadt Luxemburg nun im bekannten „Copenhagenize Index“ (bezüglich der Fahrradinfrastrukturen) angeführt wird. Es ist davon auszugehen, dass das Fachbüro Gehl, mit dem die Stadt zusammenarbeitet, daran nicht unschuldig ist. Die Ergebnisse der vom Büro Gehl durchgeföhrten Studie liegen dem Schöffenrat vor, doch dieser will nur einige der darin enthaltenen Maßnahmen veröffentlichen. Wir halten dies für eine sehr fragwürdige Vorgehensweise. Alle Ergebnisse sollten dem Gemeinderat vorgelegt werden. Im genannten Index erreicht die Stadt Luxemburg lediglich Platz 77 (von 100). Wir werden den Schöffenrat daran messen, wie sich die Stadt in den kommenden Jahren im Ranking positionieren wird.

Die Trambahn ist das Rückgrat des öffentlichen Transports in der Stadt Luxemburg geworden, dies nachdem die DP, und zum Teil auch die CSV, das Tram-Projekt jahrzehntelang blockiert hatte. Nun unterstützt die DP-CSV-Majorität den Ausbau der Trambahn – und doch müssen wir feststellen, dass sie eine qualitative Weiterentwicklung aufhält. Dies zeigt sich vor allem in Bezug auf die Idee, eine Tram-Trasse durch die Avenue de la Porte Neuve zu bauen. Die Kapazitäten der Trambahn sind bereits jetzt voll ausgelastet, vor allem während der Schobermesse, wenn die Taktfrequenz an den Enden des Trambahnnetzes nicht hoch genug ist. Die Mobilitätsministerin teilt die Befürchtungen, dass es im Stadtzentrum stauen wird. In ihrer Antwort auf eine parlamentarische Frage hat sie die Ansicht vertreten, dass das nur noch drei bis vier Jahre lang gut gehen wird. Daher mein Appell an den Schöffenrat, den Ausbau der Trambahn im Bereich der Avenue de la Porte-Neuve nicht länger zu blockieren.

Im Budget 2026 finden sich keine Gelder für eine Reform des Anrainerparkens. Stattdessen wird weiterhin analysiert – oder anders gesagt: Es wird weiterhin der Kopf in den Sand

gesteckt. Ich glaube Herrn Goldschmidt, wenn er sagt, Dinge bewegen zu wollen, doch es macht mich traurig und wütend zugleich, wenn ich sehe, wie er aus den eigenen Reihen heraus gebremst wird. Dies hat sich deutlich in der Mobilitätskommission im Rahmen der Abstimmung über die verkehrsberuhigenden Maßnahmen gezeigt. Oder auch vergangene Woche in der technischen Kommission, als der DP-Fraktionschef sagte: „Der Mobilitätsplan ist ein Vorschlag, keine Bibel“. Steht der Schöffenrat nach wie vor hinter seinem Mobilitätsplan? Steht er zum Szenario „51 % nachhaltige Mobilität“ bis zum Zeithorizont 2035? Es ist von entscheidender Bedeutung, dieses Ziel zu erreichen, um eine qualitative und positive Entwicklung der Mobilität zu gewährleisten.

Wir schreiben bald das Jahr 2026, hängen jedoch in Bezug auf den Umweltbericht im Jahr 2023 und für den Umweltaktionsplan im Jahr 2024 fest. Der Schöffenrat wird nicht müde, die Aktion „30.000 Bäume bis zum Zeithorizont 2030“ hervorzuheben. Es ist dies eine sehr sympathische Aktion, für die ich Schöffe Bauer beglückwünschen will, doch sehe ich nicht, was bereits umgesetzt wurde. Wie viele Bäume wurden im Jahr 2025 bereits gepflanzt und wie viele Bäume werden in den kommenden Jahren an welchen Standorten gepflanzt? Wir vermissen ein richtiges Begrünungskonzept, einen Klima-Adaptationsplan. Eine politische Marschrichtung können wir hier nicht erkennen.

Die Stadt Luxemburg strebt bis zum Zeithorizont 2030 eine CO₂-Reduzierung um 55 % an. Für das Jahr 2023 liegen wir bei minus 15 %. 2030 ist morgen, doch das angestrebte Ziel liegt noch in weiter Ferne. Die thermischen Bedürfnisse von Gebäuden machen mehr als die Hälfte aller auf dem Stadtgebiet produzierten CO₂-Emissionen aus. Leider fehlt es nach wie vor an einem Dekarbonisierungskonzept. Auch der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet nur sehr langsam voran. Was die Photovoltaik angeht, zeigen die Zahlen aus dem Jahr 2023 – neuere Zahlen liegen nicht vor –, dass im Vergleich zu 2013 keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen sind. Es ist nach wie vor nicht für jedermann möglich, eine Wärmepumpe zu installieren. Statt möglichst rasch das Bautenreglement anzupassen, wird auf die Regierung verwiesen, die vielleicht irgendwann ein neues nationales Bautenreglement vorlegen wird – das anschließend noch die gesetzlich vorgeschriebenen Prozeduren durchlaufen muss. Es werden demnach noch etliche Jahre ins Land ziehen und wertvolle Zeit wird verloren gehen.

Die Hauptstadt produziert nach wie vor überdurchschnittlich viel Abfall. In der Schöffenratserklärung hat sich der Schöffenrat klar zum Umweltschutz und zur Bekämpfung der Klimakrise bekannt. Doch auch hier stellen wir fest, dass er hinter seinen Zielen hinterherhinkt. Wir können nicht ewig warten. Umweltschutz muss zu einer echten Priorität werden. Ankündigungen allein reichen nicht aus, es braucht konkrete Aktionen.

Der Handel belebt die Stadtteile, trägt zur Verbesserung der Mobilität der Bürger und zu mehr Lebensqualität bei. Ich begrüße daher, dass Rätin Kaiffer den Handel in den Mittelpunkt ihres Budgetberichts gestellt hat. Allerdings wird die Situation im Bericht doch etwas schöngeredet. Die klassischen Geschäfte werden durch die hohen Mieten verdrängt, und der Online-Handel stellt eine große Konkurrenz dar. Die Stadt Luxemburg reagiert zwar mit Marketing und Events, doch wir vermissen strukturelle Lösungen.

Die Leerstandsquote der Geschäfte auf dem Stadtgebiet lag 2024 bei 11,73 %. Im Bahnhofsviertel waren es durchschnittlich 13,5 %, in der Avenue de la Gare 23 %. Es sind dies hohe Quoten, auch im europäischen Vergleich. Diese Zahlen werden im Budgetbericht angeführt, doch vermissen wir eine konkrete Ursachenanalyse sowie eine konkrete Maßnahmenplanung. Die Aussage von Schöffe Mosar, der auf die nationale Kompetenz verwies und gemein hat, dass die Stadt hier nicht viel

tun könne, kann ich nicht ganz teilen. Die Stadt kann sehr wohl proaktiver handeln. Die Stadt Esch/Alzette mit ihrem CSV/DP/déi gréng-Schöffenrat zeigt, was eine Gemeinde tun kann, wenn der politische Wille besteht. Am 24. Oktober 2024 hatte die Stadt Esch ein «*Règlement portant introduction d'une taxe sur les locaux commerciaux et d'exploitations inoccupés*» verabschiedet. Die von Leerstand betroffenen Geschäftslokale wurden identifiziert und deren Eigentümer angeschrieben. Anfang Dezember 2025 wurden sie erneut angeschrieben, mit dem Hinweis, dass die im ersten Informationsschreiben genannte Frist am 15. Januar 2026 ablaufe und die Leerstandstaxe ab dem 15. Januar 2026 erhoben werden könnte. Damit wurde ein klarer Anreiz geschaffen, Geschäftsflächen nicht leer stehen zu lassen. Die Stadt Luxemburg wäre gut beraten, leerstehende Geschäfte zu identifizieren und wie die Stadt Esch eine Leerstandssteuer einzuführen.

Die Avenue de la Gare braucht dringend eine Aufwertung und eine Neugestaltung. Viele Geschäfte stehen dort derzeit leer. Die Avenue de la Gare ist eine vielbefahrene Straße mit viel Busverkehr. Das Busnetz könnte effizienter organisiert werden und würde auch gut funktionieren, wenn nicht jede Buslinie durch die Avenue de la Gare fährt. Andere Städte in Europa zeigen, wie Mobilität in einer Geschäftsstraße aufrechterhalten und die Attraktivität der Geschäftsstraße trotzdem verbessert werden kann. Daher mein Appell an den Schöffenrat, ein Projekt für die Avenue de la Gare auszuarbeiten und es dem Gemeinderat im Laufe des Jahres 2026 vorzulegen. Wichtig ist auch ein Konzept für die Rocade de Bonnevoie, welche die Viertel Bahnhof und Bonneweg trennt. Neugestaltungsarbeiten und Maßnahmen zur Reduzierung des Verkehrs sowohl in der Avenue de la Gare als auch im Bereich der Rocade de Bonnevoie wären im Interesse der genannten Viertel. Steht der Schöffenrat bereits im Dialog mit der Luxemburger Eisenbahngesellschaft bzw. mit dem zuständigen Ministerium in Bezug auf die Pläne der CFL, den Zugang zum Viertel Bonneweg attraktiver zu gestalten? Im Rahmen der Apéri'tours wurde den Bürgern von Bonneweg ein Plan gezeigt mit ersten Andeutungen, wie Verbesserungen herbeigeführt werden könnten. Es waren minimale Änderungen, die vorgeschlagen wurden. Wir meinen, dass es ein globales Konzept braucht, um wahre Verbesserungen herbeizuführen.

Mit der Analyse von Rat Philippart betreffend die Apéri'tours, die er genial findet, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Die Idee, Apéri'tours zu organisieren, finde ich sehr sympathisch. Hier jedoch von Bürgerbeteiligung zu sprechen, würde ich als Farce bezeichnen. Es handelt sich vielmehr um Bürgerinformation und bestenfalls um einem Dialog mit den Bürgern. In Bonneweg hat sich Bürgermeisterin Polfer mit folgender Aussage entlarvt: „Der Schöffenrat ist das Resultat einer eigentlichen Bürgerbeteiligung.“ Diese Aussage zeigt, dass die DP/CSV-Majorität nicht verstanden hat, was Bürgerbeteiligung sein sollte. Die Apéri'tours sind vor allem eine große Show mit Alibifunktion, deren Kosten sich auf rund eine Million Euro belaufen. Ein großer Aufwand mit bescheidenen Ergebnissen! Der Schöffenrat ist zwar mit den Bürgern durch ihr Viertel spaziert und es wurden „Ideation Labs“ organisiert, wo die Teilnehmer sich austauschen und Projekte ausarbeiten konnten. Bei einer anschließenden Versammlung durften die Bürger ihre Projekte jedoch nur kurz vorstellen, woraufhin die Projekte dann in einer Schublade verschwunden sind.

Im Rahmen der Apéri'tours wurden die Ergebnisse von Meinungsumfragen vorgestellt. In Stadtteilen mit mehr als 10.000 Einwohnern haben nur ein paar Hundert Personen ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Eine repräsentative Meinungsumfrage sieht anders aus. Im Anschluss an die Präsentation fanden keine eingehenden Diskussionen statt; es gab weder eine Rückkopplung mit der Politik oder den Dienststellen, noch wurden weitere Termine angesetzt. Die Einwohner des Stadtteils Hamm geben den Stadtverantwortlichen derzeit deutlich zu verstehen, wie sie über die

sogenannte Bürgerbeteiligung denken. In Hamm wird ein umfangreiches Sportinfrastruktur-Projekt umgesetzt werden. Der Schöffenrat argumentiert, dass das Projekt im Rahmen des Apéri'tour in Hamm vorgestellt wurde. Die Einwohner von Hamm sagen klar, dass sie nicht in die Ausarbeitung des Projektes eingebunden wurden und sie die wenigen Informationen vor allem aus der Presse haben. Auch die Einwohner des Viertels Pulvermühle sind unzufrieden. Und es gibt viele weitere Beispiele. Eigentlich sind die Apéri'tours nichts anderes als die früheren Versammlungen „Schäfferot on Tour“. Nur die Bezeichnung hat geändert. Es sollte nicht von Bürgerbeteiligung die Rede sein, wenn es in erster Linie darum geht, sich auf Fotos im City Mag darzustellen. Die von mir genannten Beispiele zeigen, dass viele Bürger dies auch so sehen.

Transparenz und Offenheit einer Gemeinde sind Aspekte, die mir sehr wichtig sind. Im Juli 2024 hat unsere Fraktion, zusammen mit den anderen Oppositionsfaktionen, eine Motion eingereicht mit der Forderung nach mehr Transparenz. Der Schöffenrat hat sich schwer damit getan, doch mittlerweile werden die Sitzungen des Gemeinderates live ins Französische übersetzt und gestreamt. Wir freuen uns, dass der Schöffenrat diesen Vorschlag, den wir immer wieder vorgebracht hatten, angenommen hat, bedauern aber, dass nur ein Minimum an Dokumenten, die im Zusammenhang mit dem Gemeinderat stehen, veröffentlicht werden. Das Dossier ZUG ist ein gutes Beispiel für die Intransparenz. Der Schöffenrat ist stur geblieben und hat bis zur letzten Instanz prozessiert, um letztendlich doch zu verlieren. Die Ergebnisse einer anderen Studie des Ingenieurbüros Gehl (bezüglich des Viertels Kirchberg) wurden in ihrer Gesamtheit veröffentlicht – und so sollte es immer sein! Ich bedauere, dass der Schöffenrat dem Gemeinderat nicht sämtliche Ergebnisse der neuen Studie des Büros Gehl zugänglich machen will, sondern einige Maßnahmen herauspicken und nur diejenigen vorstellen will, die er umzusetzen gedenkt.

Bezüglich der geplanten Sportinfrastrukturen in Hamm und des Ressourcenzentrums wendet der Schöffenrat eine Art Salamataktik an. Während er erklärt, auf diese Art und Weise schneller mit den Projekten vorankommen zu können, meinen wir, dass es sich um eine intransparente Vorgehensweise handelt. Der Schöffenrat verlangt von uns einen Vertrauensvorschuss, ohne dass wir die Projekte im Detail kennen. Anstatt auf eine Salamataktik zurückzugreifen, hätte der Schöffenrat das Projekt schneller vorantreiben sollen, um dem Gemeinderat ein detailliertes und transparentes Projekt vorlegen zu können. Das Gleiche gilt für das Projekt in Hamm. Die Ausmaße des Projektes in Hamm haben mich dann doch überrascht. Dass die Sportinfrastrukturen so groß ausfallen würden, war nicht immer klar. Auch wenn unsere Fraktion das Projekt unterstützt, ändert dies nichts an unserer Forderung nach Transparenz.

Mit den Ausgaben der Stadt Luxemburg anlässlich der Feierlichkeiten zum Thronwechsel haben déi gréng kein Problem. Wir haben jedoch ein Problem damit, dass die rund 5 Millionen Euro in die bestehenden Posten der ordentlichen Ausgaben des berichtigten Budgets aufgenommen wurden, da letzterer lediglich ein Kontrollinstrument darstellt, in dem die Prognosen aktualisiert werden. Neue Kredite müssen durch neue Haushaltsposten geschaffen werden, und der Gemeinderat ist für deren Genehmigung zuständig. Am 24. Dezember 2024 hatte Großherzog Henri in seiner Weihnachtsansprache angekündigt, sein Amt als Staatsoberhaupt im Jahr 2025 niederlegen zu wollen, und verkündet, dass seine Abdankung und die Thronbesteigung seines Sohnes Guillaume am 3. Oktober 2025 stattfinden werde. Als wir im Dezember 2024 über das Budget 2025 abgestimmt haben, konnten also weder der Schöffen- noch der Gemeinderat von den anstehenden Feierlichkeiten Kenntnis haben. Die diesbezüglichen Ausgaben über das rektifizierte Budget zu verbuchen, war jedoch nicht die richtige Vorgehensweise. Die Stadt Düdelingen hat richtig

gehandelt, indem sie die Ausgaben für die Feierlichkeiten des Thronwechsels (Logistik, Empfang, Sicherheit und Unterhaltungsangebot) in einem separaten Budgetposten vorgesehen hat.

Die Stadt Luxemburg steht vor einem großen Wendepunkt. Defizite werden langsam, aber sicher zur Normalität, die finanziellen Reserven werden schmelzen, mit dem Risiko, dass sie am Ende dieser Mandatsperiode aufgebraucht sein werden. Weder die Politik des Schöffenrates noch das vorliegende Budget spiegeln eine klare strategische Ausrichtung wider. Es fehlt eine kohärente Mobilitätspolitik. Ein anständiger Klima- und Resilienzplan liegt weiterhin nicht vor. Wir vermissen eine Wohnungspolitik, die Antworten auf die verschiedenen Probleme liefert. Auch sehen wir keinen Fortschritt in Sachen Transparenz und Bürgerbeteiligung. Dies alles zu einem Zeitpunkt, wo die Stadt Luxemburg ein Budget bräuchte, das unsere Stadt fit für die Zukunft macht. Es braucht eine nachhaltige Mobilität mit Prioritäten, die konsequent in diese Richtung gehen, mit einer starken sozialen und ökologischen Ausrichtung, eine seriöse Bürgerbeteiligung statt PR-Formate. Es braucht eine effiziente Verwaltung, die den sich stellenden Herausforderungen gerecht wird und nicht immer mehr Kosten ohne Ergebnisse. Die DP-CSV-Majorität ignoriert diese Realitäten und so gehen der Stadt Zeit und Gelder verloren. *déi gréng* werden auch weiterhin konstruktive Oppositionspolitik betreiben und konkrete Verbesserungsvorschläge einbringen. In Anbetracht der angebrachten Kritiken werden wir den Budgetentwurf 2026 nicht mittragen können.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Vorab möchte ich Rätin Kaiffer unseren ehrlichen Dank für ihren Budgetbericht aussprechen. Unser Dank geht auch an alle Dienststellen, die an der Aufstellung des Budgets 2026 mitgearbeitet haben, sowie an Rat Radoux, Präsident der Finanzkommission.

Das vorliegende Budget ist Ausdruck der Politik des Schöffenrates und der DP-CSV-Majorität. Das Thema Handel steht im Mittelpunkt des Budgetberichts. Seit Jahren stellen wir fest, dass der Handel im Wandel ist und vor großen Herausforderungen steht. Es wird immer schwieriger, im Handel finanziellen Erfolg zu haben. Für manche Geschäftsleute wird es immer schwieriger, die Hoffnung nicht aufzugeben und weiterzuarbeiten. Zu den Gründen zählen die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den vergangenen Jahren – die einen starken Kundenrückgang zur Folge hatte –, eine tiefgreifende Änderung des Einkaufsverhaltens, ein Anstieg der Lohnkosten, steigende Preise bei den Produkten und steigende Energiekosten, die zu beachtlichen Gewinnverlusten geführt haben. Eine Rolle spielen auch Attraktivität und Zugänglichkeit einer Stadt.

Den Handel zu unterstützen ist unerlässlich, auch in Bezug auf das Bild, das unsere Stadt und unser Land abgeben. Wir haben die Verantwortung, in der Großregion ein attraktiver Standort zu sein. Der Handel trägt in hohem Maße zur Attraktivität einer Stadt bei und ist ein großer Teil unserer Stadt-DNA. Die Geschäftsleute arbeiten hart, um unsere Stadtteile zu beleben. Auch sollte man nicht vergessen, dass der Handel zu den großen Arbeitgebern auf dem Stadtgebiet zählt. Diese Aussagen hat auch Rätin Kaiffer gemacht, worüber ich mich nur freuen kann, habe doch auch ich bei meiner Budgetrede im Jahr 2021 gesagt, dass wir, indem wir den Handel unterstützen, auch unsere Stadtteile unterstützen. Trotz des großen Respekts und der Sympathie, die ich Frau Kaiffer als erfahrene Geschäftsfrau entgegenbringe, habe ich konkrete, ambitionäre Perspektiven zur Unterstützung des Handels vermisst. Die Ausführungen von Frau Kaiffer klangen eher wie ein Eigenlob der Majorität, ein „Weiter sol!“. Da ich die kämpferischen Qualitäten von Frau Kaiffer kenne, gehe ich davon aus, dass ihr aufgrund fehlender Maßnahmen seitens der Mehrheit wahrscheinlich Material fehlte, das sie in ihrem Haushaltsbericht verwenden konnte. Denn zur Unterstützung des Handels braucht man Diversität. Es gibt einen

Handelskataster, doch stellt sich die Frage, wie dieser genutzt wird. Welche Mittel gibt sich die Stadt Luxemburg an die Hand, um den lokalen Handel in den Stadtteilen zu unterstützen und Anreize zu schaffen, damit sich dort Geschäfte niederlassen? Der Interessenverein Hamm-Pulvernühle hat nicht nur über das Projekt des Leichtathletikstadions gesprochen, sondern auch über die Notwendigkeit, den lokalen Handel zu beleben. In Hamm gibt es keine lokalen Geschäfte mehr. Wie gedenkt der Schöffenrat Geschäftsflächen zu schaffen bzw. wieder mit Leben zu füllen? Es ist leicht, statistische Angaben nur in einer bestimmten Perspektive zu nutzen, um die eigene Politik in ein besseres Licht zu rücken. Die Zahl der leerstehenden Geschäftslokale zeigt, dass sich die Situation nicht verbessert hat. Die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte geht zurück. Große Handelsketten lassen sich in der Stadt nieder. Die Zahl der kleinen Restaurants mit einer traditionellen Küche nimmt Jahr um Jahr ab. Die Belegungsrate der Geschäftsflächen wird vom HORECA-Sektor getragen, doch haben wir es immer mehr mit Snacking- und Take-away-Lokalen zu tun. Wollen wir eine Stadt, die sich zu einem großen Food-Court entwickelt? Ich denke nicht. Daher sollte der Schöffenrat ehrlich mit statistischen Angaben umgehen.

Die Einrichtung einer „Cellule du développement économique et commercial“ (DEC) ist zu begrüßen. Anderen Gemeinden ist es durch die Einrichtung solcher Ämter bereits gelungen, die Attraktivität ihrer Stadt zu steigern und den lokalen Handel zu unterstützen und zu diversifizieren. Wie sieht es mit der Zusammenarbeit zwischen der DEC und der UCVL aus? Vertreter der DEC waren auf dem „Marché international professionnel de l'immobilier de commerce (MAPIC)“ präsent, um große Handelsmarken nach Luxemburg zu locken. Die großen Marken sind in allen großen Städten. Wollen wir, dass sich in unserer Groussgaass oder in anderen Straßen nur noch große Handelslizenzen niederlassen? Wollen wir unsere DNA verlieren? Was ist im Budget 2026 vorgesehen, um die Stimme der Geschäftsleute zu stärken?

Die Zahl der Geschäftsleute auf der Generalversammlung der UCVL geht Jahr um Jahr zurück. Die UCVL leistet mit viel Engagement eine hervorragende Arbeit, doch die Geschäftsleute fragen sich, was sie bewirken kann. Die UCVL sollte in Entscheidungen, die Auswirkungen auf den Handel haben, (Baustellen, Veranstaltungen, Änderungen in der Verkehrsführung, usw.), eingebunden werden. Die Initiativen zur Belebung unserer Stadtteile (Beleuchtung, Musik, usw.) sind lobenswert, doch sollte man auch den Geschäftsleuten zuhören.

Ich mag die „Schueberfouer“, den Weihnachtsmarkt und den „Mäertchen“. Diese jährlichen Treffpunkte gehören zu unseren Traditionen. Viele Geschäftsleute haben mich jedoch darauf angesprochen, dass dadurch während 14 Wochen im Jahr gewaltige Quantitäten an Essen und Trinken angeboten werden, was sicherlich viele Menschen in die Stadt bringt, den Umsatz vieler Geschäftsleute jedoch nicht steigert und den Umsatz im HORECA-Sektor sogar zurückgehen lässt. Wir sollten uns ehrlich mit der Frage befassen, ab wann Attraktivität kontraproduktiv wird. Der Service Événements, Fêtes et Marchés (EFM) hat gute Arbeit geleistet. In der internationalen Presse erhalten unsere Weihnachtsmärkte viel Lob für ihre Qualität. Ich bin keineswegs gegen Weihnachtsmärkte, ganz im Gegenteil, doch sollten wir hinterfragen, ob 14 Wochen nicht doch zu viel sind – vor allem in einer Zeit, in der es dem Handel nicht zum Besten geht.

Im Gespräch mit den Geschäftsleuten höre ich immer wieder, dass mehr Fachkräfte gebraucht werden. Was tun, um Fachkräfte nach Luxemburg zu locken? Es braucht mehr Wohnungen in der Hauptstadt. Der Handel ist auf Kunden angewiesen. Menschen müssen auch hier wohnen können. Wo sind die großen Wohnungsbauprojekte, um potenzielle Kunden anzuziehen? Wo sind die großen Projekte mit sozialen bzw. attraktiven Preisen für junge Menschen, Studenten und

junge Familien? Im Budget 2026 sind nur 650.000 € für das Projekt „Porte de Hollerich“ eingeschrieben, was bedeutet, dass sich wiederum nicht viel tun wird. Im Budget 2026 ist keine schnelle Lösung des Problems zu erkennen. Eine soziale und ambitionierte Wohnungspolitik wäre wichtig, dies auch vor dem Hintergrund, dass Luxemburg mit Abstand die höchste Working-Poor-Quote hat und 20 % der Arbeiter an der Armutsgrenze leben. Die hohen Wohnkosten werden für immer mehr Menschen zum Armutsrisko. Wann werden wir endlich begreifen, dass wir Wohnraum benötigen, Wohnraum und noch mehr Wohnraum? Wer um 18 Uhr im Stadtzentrum unterwegs ist, stellt fest, dass die Stadt leer ist. Luxemburg zählt zu den Städten mit den wenigsten Einwohnern im Stadtzentrum. Hinzu kommt, dass Wohnungen leer stehen oder für Bürozwecke genutzt werden. Was gedenken die Stadtverantwortlichen zu unternehmen, um hier gegenzusteuern? Es gilt, die verschiedenen Hebel in Bewegung zu setzen, damit zum einen wieder mehr Menschen im Stadtzentrum wohnen und zum anderen diejenigen, die hier wohnen, nicht wegziehen.

Mobilität spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Wir können uns jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass der Mobilitätsplan der Stadt Luxemburg seinen Namen nicht richtig verdient. Im Budget 2026 sind keine großen Umsetzungen zu erkennen, z.B. in Bezug auf die Schaffung von Fahrradstraßen, welche die Stadtteile miteinander verbinden. Meinen Informationen zufolge wurde den Einwohnern von Hamm gesagt, dass sie keinen Radweg bräuchten, um von Hamm ins Stadtzentrum zu gelangen. Eine solche Aussage lässt sich nicht nachvollziehen, wenn der Schöffenrat immer wieder beteuert, den sanften Verkehr entwickeln zu wollen. Wie steht es um den Ausbau des Carsharing-Angebots und der Fahrradstationen? Der Vertrag mit dem Betreiber des Mietfahrradsystems wird demnächst auslaufen. Sollten wir die Nutzungsbedingungen nicht überarbeiten und spezifische Bedingungen für Jugendliche, Erwachsene und Lieferservices festlegen? Wo sind die großen Projekte zur Verkehrsberuhigung in den Stadtteilen? Um den lokalen Handel und die Attraktivität der Stadtteile zu stärken, sollte Stadt die maximale Parkdauer von fünf Stunden in den Vierteln abschaffen und kürzere Parkzeiten oder gratis Kurzzeit-Kundenparkplätze im Bereich von lokalen Geschäften einführen.

Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass es mehr kommunale Kinderkrippen braucht. Im Budget 2026 sind jedoch keine großen Anstrengungen in diesem Sinne zu erkennen. Die Stadt Luxemburg überlässt den privaten Kinderkrippen das Feld.

Was die Sicherheit im öffentlichen Raum angeht, versteckt sich die Stadt Luxemburg gerne hinter der Regierung, obwohl die Stadt über mehrere Hebel verfügt, die sie in Bewegung setzen kann. Die Lösung von Sicherheitsproblemen fällt nicht nur in den Kompetenzbereich des Staates. Es braucht gezielte Investitionen in der Sozialpolitik, dezentrale Strukturen, um das Problem des Drogenkonsums im öffentlichen Raum zu lösen, und mehr Auffangstrukturen, damit niemand mehr auf der Straße leben muss. Es fehlt an Strukturen zur Aufnahme von Personen, die einen schweren Schicksalsschlag erleiden, ihre Arbeit und/oder ihre Wohnung verlieren. Wann plant die Stadt, weitere Einrichtungen dieser Art zu schaffen?

Soziale Maßnahmen, die Belebung von Straßen und Stadtteilen sowie gesunde Geschäfte, deren Betreiber das Viertel gut kennen, tragen zur Lösung von Sicherheitsproblemen bei. Cafés sind Orte, an denen Menschen sich treffen können. Sandwich-Bars und Kebab-Lokale – auch wenn ich Kebab mag – sind keine Orte, wo Menschen sich treffen. Die Cafés müssen hohe Mieten zahlen und können sich keine sozialen Preise leisten. Wenn die Stadt die Lebensqualität und die Sicherheit in unseren Stadtteilen stärken will, müssen wir handeln. Leider lassen sich im Budget 2026 keine konkreten Ansätze in diese Richtung erkennen.

Schöffe Mosar hat betont, dass das Sozialbudget der Stadt von 178 auf 183 Millionen Euro steigt, was einen neuen Rekord darstellt. Es handelt sich dabei um eine Steigerung von weniger als 1,8 %, was nicht einmal einer Indexstranke entspricht. Der vermeintliche Rekord ist sehr weit entfernt von den Ambitionen, welche die Stadt haben müsste, um im Bereich der Sozialpolitik eine Vorbildfunktion zu erfüllen.

Unsere Fraktion kann das Budget 2026 nicht mittragen. Es würde uns freuen, wenn der Schöffenrat unsere Vorschläge nicht von vornherein ablehnen, sondern einige davon im Laufe des kommenden Jahres aufgreifen würde.

Rat Claude RADOUX (DP): Vorab möchte ich Rätin Kaiffer für ihren Budgetbericht danken. Ein spezieller Dank geht auch an Finanzschöffe Mosar sowie an Frau Castagna und Herrn Reding aus der Finanzdirektion, die das ganze Jahr über viel arbeiten, damit unsere Finanzen gut verwaltet werden und wir einen Überblick über unsere Projekte, deren Entwicklung und Umsetzung haben. Das Budget 2026 gründet auf den Wahlprogrammen der Majoritätsparteien – Wahlprogramme, für die uns die Wähler ihr Vertrauen ausgesprochen haben, die in der Schöffenratserklärung ihren Niederschlag gefunden haben und nun dabei sind, umgesetzt zu werden.

Die Schaffung von Wohnungen zählt zu den Prioritäten der Stadt Luxemburg, was sich in ihren Investitionen widerspiegelt: Bezogen auf die Konten 2024, das berichtigte Budget 2025 und den Budgetentwurf 2026 belaufen sich die von der Stadt in den Wohnungsbau, den Erwerb von Gebäuden und Grundstücken getätigten Investitionen auf 844 Millionen Euro, was alles Bisherige in den Schatten stellt. Zu Beginn der Mandatsperiode hatten wir uns Investitionen in Immobilien in Höhe von 500 Millionen Euro vorgegeben. Um Wohnungen bauen zu können, muss man über die erforderlichen Grundstücke verfügen. In den Jahren 2024, 2025 und 2026 wird die Stadt 250 Wohneinheiten bauen bzw. fertigstellen. Zu Beginn der Mandatsperiode waren rund 700 Wohnungen im Besitz der Stadt. Innerhalb von drei Jahren kommen 250 Wohneinheiten hinzu. Bis 2030 sollen 858 Wohnungen im Besitz der Stadt sein. Die Opposition mag sagen, dass ihr 8.000 Wohnungen lieber wären, doch Projekte können nicht alle zeitgleich umgesetzt werden. 858 Wohnungen sind mehr als das Doppelte an Wohnungen, die zu Beginn der Mandatsperiode im Besitz der Stadt waren. Hinzu kommen Projekte, die noch in Ausarbeitung und noch nicht im Budget eingeschrieben sind, z.B. die Projekte „Villeroy&Boch“ und „Stade“. Es wird eine beachtliche Zahl an Wohnungen entstehen.

Um am Ende des Jahres einen Überblick über die erworbenen Gebäude und Grundstücke zu haben, wäre es sinnvoll, eine tabellarische Auflistung zu erstellen und diese jedes Jahr zu aktualisieren. Da der „plan comptable“ des Staates dies nicht ermöglicht, sollten wir eine eigene Vorgehensweise festlegen. Denn der Ankauf von Gebäuden und Grundstücken nimmt Ausmaße an, die weit über die Ankäufe anderer Gemeinden hinausgehen. Eine solche Auflistung würde helfen, Diskussionen zu vermeiden, die manchmal auf pathetische Art und Weise aus den Fugen geraten, weil Fakten ignoriert werden, nicht bekannt sind oder vergessen wurden. Es könnte auch jenen helfen, die der Stadt gerne vorwerfen, ihr Geld zu verschwenden oder Defizite zu verbuchen. Auch in der Presse war zu lesen: „Die Stadt Luxemburg macht Defizit“. Verschiedene Gemeinderatsmitglieder und auch Bürger verstehen nicht, wie das Budget der Stadt dargestellt wird, dass unsere Buchführung nur Einnahmen und Ausgaben anführt, nicht jedoch, was unter dem Strich wirklich herauskommt. Dabei muss man berücksichtigen, wie viele Reserven auf der Bank liegen und wie viel in Immobilien investiert wurde. Von einem Privatmann, der jedes Jahr ein Apartment kaufen kann – sogar, wenn 50 % der Summe durch ein Darlehen finanziert werden müsste –, würde niemand behaupten, dass er sein Geld verschwendet

bzw. ein Defizit verbucht. Eher würde man sagen, dass er seine Finanzen gut verwaltet und es ihm sogar noch gelinge, Geld zur Seite zu legen. Im Budget 2026 sind 295 Millionen Euro für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden sowie für die Schaffung von Wohnungen eingeschrieben. Die Stadt sollte sich die Mittel an die Hand geben, ihre finanzielle Lage verständlicher darzustellen. Dies würde auch zu sachlicheren Diskussionen im Gemeinderat führen.

Würde mich jemand fragen, wo man an der Politik der Stadt Luxemburg tatsächlich Kritik anbringen könnte bzw. ob es ein Problem gibt, das wir im Laufe der Jahre vielleicht nicht richtig in den Griff bekommen haben, fällt mir als erstes die Sicherheit allgemein bzw. die Sicherheit und die Lebensqualität im Bahnhofsviertel ein. In ihrer Einführung hat Bürgermeisterin Lydie Polfer bereits auf die zahlreichen Maßnahmen hingewiesen, welche die Stadt Luxemburg ergreift, auch in der Sozialpolitik. Die Stadt finanziert 172 zusätzliche Posten im Bereich der Sozialarbeit. Wachstum bringt auch neue Herausforderungen. Hört man den Bürgern zu, sagen sie, dass die Situation im Bahnhofsviertel schlimmer geworden sei. Auch hier gilt es, sich mit der Frage auseinander zu setzen, ob sich die Situation verbessern ließe, wenn wir weitere 172 Posten finanzieren würden oder ob wir an einem Punkt angelangt sind, wo sich Probleme mit sozialen Maßnahmen allein nicht mehr auffangen lassen. Welche Maßnahmen will die Stadt Luxemburg treffen? Welche Maßnahmen erwarten wir von der Regierung? Welche Maßnahmen sind für 2026 und für die folgenden Jahre im Interesse der Sicherheit im Bahnhofsviertel und in anderen Stadtteilen vorgesehen, wissend, dass die Kriminalität überall zunimmt? Die Hauptstadt kann nicht allein die ganze Not im Land, in der Großregion und darüber hinaus auffangen. Um es klar zu sagen: Die Stadt Luxemburg kann nicht Strukturen – auch nicht dezentrale Strukturen – schaffen, um ganz Europa zu retten. Die Stadt Luxemburg leistet bereits vieles. Wichtig ist, zu sehen, wie wir den Menschen, die tatsächlich Hilfe brauchen, noch gezielter helfen können.

Eine kurze Bemerkung zu den Weihnachtsmärkten: Diese verfügen über eine wunderbare Beleuchtung und ziehen viele Menschen an. Doch die Hintergrundmusik auf dem „Knuedler“ könnte qualitativ noch verbessert werden.

Dann noch ein paar Worte zu einem Thema, das ich in der Finanzkommission angesprochen hatte: Ich würde mir wünschen, dass wir das Pavillon auf dem Friedhof von Merl, dass wir auch für zivile Bestattungszeremonien nutzen, zeitgenössischer gestalten und es besser gegen die Witterung isolieren könnten. Auch sollte es mehr Sitzgelegenheiten geben. Die Zahl der zivilen Bestattungszeremonien nimmt zu. Wir sollten eine Linie finden, wie sich die Friedhofspavillons allgemein besser gestalten ließen.

Abschließend kann ich dem Schöffenrat für den Budgetentwurf 2026 nur beglückwünschen. Unsere Fraktion wird das Budget 2026 selbstverständlich mittragen.

Rat Bob BIVER (CSV): Auch ich beginne meinen Beitrag mit Worten des Dankes an die Finanzdirektion, die Budgetberichterstatterin, den Finanzschöffen und den Präsidenten der Finanzkommission. Der Budgetentwurf 2026 findet meine volle Unterstützung. Es handelt sich um ein verantwortungsvolles und gleichzeitig ambitionäres Budget, das eine gesunde Verwaltung der Finanzen gewährleistet, mit gezielten Investitionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Das berichtigte Budget 2025 weist ein Defizit von 174,5 Millionen Euro und ordentliche Einnahmen von 1,3 Milliarden Euro auf. Das Budget 2026 sieht ein Defizit von 232,6 Millionen Euro und ordentliche Ausgaben vor, die 1,6 % höher als im Budget 2025 ausfallen. Der Anstieg der ordentlichen Ausgaben ist unter anderem durch die wachsende Bevölkerung und die Erhöhung des Personalbestands bedingt. Die Stadt

beschäftigt derzeit 4.603 Personen, rund 200 mehr als im vergangenen Jahr. Wie in der Schöffenratsklärung angekündigt, fließt ein Großteil der Ausgaben in Infrastrukturen und in die Schaffung von Wohnungen. Rat Radoux ist bereits auf die im Budget 2026 vorgesehenen Investitionsausgaben eingegangen. Das Verwaltungsgebäude „Rocade“ wird ausgebaut. Weitere Projekte sind der Schul- und Sportkomplex in Dommereldingen, die Renovierung und der Ausbau der Kinemathek und das Ressourenzentrum sowie das Verwaltungsgebäude für den Service Hygiène. Was den Wohnungsbau angeht, sind 30 Einzelprojekte (Investitionen: 40 Millionen Euro) zu nennen. In der Rue de Merl werden 25 Wohnungen entstehen, in der Rue Konrad Adenauer und in der Rue Prince Charles werden Mehrfamilienhäuser mit 21 bzw. 15 Wohneinheiten gebaut. Rund 137 Millionen Euro sind für den Erwerb von Baugrundstücken vorgesehen. Ein Projekt, das mir sehr am Herzen liegt, ist der Bau eines Sportkomplexes in Hamm. Im Rahmen der Apéritours wurde dieses Projekt den Einwohnern von Hamm und auch in der Presse sehr transparent vorgestellt. Die Stadt investiert damit in Lebensqualität, Gesundheit und soziale Kohäsion. Dem Sport kommt eine große Bedeutung bei der Förderung des Wohlbefindens und eines guten Zusammenlebens zu. Die modernen, zugänglichen und nachhaltigen Infrastrukturen für unsere Jugend, unsere Vereine und unsere Mitbürger zeigen, dass die Stadt Luxemburg im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger handelt und die Zukunft fest im Blick hat. Der Sportkomplex entspricht den Bedürfnissen einer modernen und sportlichen Stadt. Wir alle hoffen, dass das Leichtathletikstadion zur Eröffnung der Spiele der Kleinen Staaten von Europa in Luxemburg fertiggestellt sein wird.

Rätin Costantini, die im Jahr 2024 Budgetberichterstatterin war, hatte sich mit dem Thema *Smart City* beschäftigt – ein Bereich, der immer mehr an Bedeutung gewinnt. Es ist wichtig, in puncto IT- und Cybersicherheit gut aufgestellt zu sein. Wäre es möglich, diesbezüglich nähere Informationen zu erhalten? Unsere Verwaltung wird immer digitaler. Diese Entwicklung ist positiv, birgt jedoch auch Risiken. Nicht nur Unternehmen und Regierungen werden Opfer von Cyberangriffen, auch Kommunen. Ein Cyberangriff kann wesentliche Dienstleistungen auf Eis legen. Sensible Daten können kompromittiert werden. Sind konkrete Maßnahmen vorgesehen, um unsere Dienststellen vor gezielten Cyberangriffen zu schützen?

Das Budget 2016 ist eine weitere Grundlage für die Entwicklung einer modernen Stadt und es freut mich, dass wir für die kommenden Jahre über einen proaktiven Ansatz für weitere Dienstleistungen am Bürger, für Wohnungen und Cybersicherheit verfügen.

Rat David WAGNER (déi Lénk): Budgetberichterstatterin Anne Kaiffer hat den Handel in den Mittelpunkt ihres Berichts gestellt. Der Handel ist ein wichtiger Aspekt für die Stadt Luxemburg. Im Bericht wird auch die Wichtigkeit der Indexierung unterstrichen, die dazu beiträgt, dass die Kaufkraft erhalten bleibt. Finanzschöffe Mosar hat zu Recht auf die Wichtigkeit des öffentlichen Sektors hingewiesen, der derzeit dynamischer ist als der private Sektor und weiterhin Personal einstellt.

Es ist viel von Handel, aber auch von der Dynamisierung der Oberstadt die Rede. Diese Sichtweise scheint mir etwas restriktiv. Es ist die Rede von Projekten, die bereits unter vorangehenden Schöffenräten in die Wege geleitet wurden. So werden die Pop-Up-Stores als Erfolgsstory dargestellt. Wenn bei 79 Pop-Up-Stores es nur drei Unternehmer geschafft haben, dauerhaft Fuß zu fassen, kann man nicht von einem großen Wurf reden.

Wo kann man noch zu Fuß oder mit dem Fahrrad einkaufen gehen bzw. fahren, ohne dabei große Distanzen zurücklegen zu müssen? Nachbarschaftsläden, wo Produkte für den täglichen Bedarf und darüber hinaus erhältlich sind, sind kaum noch in unseren Stadtteilen zu finden (siehe Eich, Mühlenbach,

Dommeldingen, Weimerskirch, Beggen und andere Viertel). Man muss auf das Auto oder den Bus zurückgreifen, um den nächstgelegenen Supermarkt zu erreichen, wobei der Bus den Nachteil hat, dass man die ganzen Einkäufe schleppen muss. Die Stadt Luxemburg muss die Entwicklung von Stadtteilen planen können. Es reicht nicht, Apéri'tours zu organisieren, denn dabei handelt es sich überwiegend um PR-Kampagnen. Es ist positiv, dass die Ideen und Vorschläge der Einwohner in einem Bericht festgehalten wurden, doch von einer wahren Bürgerbeteiligung kann dabei nicht die Rede sein. Das ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass die DP seit Jahrzehnten im Schöffenrat sitzt und sich eine eher autoritäre Vorgehensweise angeeignet hat. Es wird von oben herab beschlossen und der jeweilige Koalitionspartner – derzeit die CSV – ist mit allem einverstanden. In der Stadt haben wir es mit einer übermächtigen DP zu tun, die meint, dass Bürgerbeteiligung – wie es vielleicht vor Jahrzehnten tatsächlich der Fall war – darin bestehe, sich mit den Bürgern darüber zu unterhalten, was sie sich wünschen, und dann unter den Vorschlägen der Bürger diejenigen herauszupicken, die man für gut befindet. Das Vorgehen des Schöffenrates hat nichts mit Bürgerbeteiligung zu tun. Die Majorität sieht in den Gemeindewahlen, die alle sechs Jahre stattfinden, eine „repräsentative Bürgerbeteiligung“. Da liegt die Majorität falsch: Es handelt sich um repräsentative Demokratie. Ich weiß nicht, was „repräsentative Bürgerbeteiligung“ sein soll. Das sagt jedenfalls viel aus über die Vorgehensweise der Majorität. Es geht um das Zusammenleben, um die Entwicklung von Stadtteilen. Da gibt es kreative Modelle, die es erlauben, über den Weg von Bürgerkomitees Menschen in die demokratische Planung und Entwicklung eines Stadtteils einzubinden.

In der nächsten Gemeinderatssitzung werden wir Gelegenheit erhalten, über das in Hamm geplante Leichtathletikstadion zu diskutieren. Der Schöffenrat stellt nun fest, dass das Stadion schnell fertiggestellt werden muss, da die Spiele der Kleinen Länder im Jahr 2029 in Luxemburg-Stadt stattfinden werden. Die Herangehensweise und die Methodologie des Schöffenrates sind fragwürdig. Viele Einwohner des Stadtteils Hamm sind wütend. Sie nehmen Kontakt mit den Oppositionsparteien auf, um ihrem Unmut Luft zu machen. Da ich das Viertel Hamm nicht besonders gut kenne, habe ich mich vor Ort begeben. Es geht nicht nur um das Projekt an sich, sondern auch um den Verkehr, den der Sportkomplex generieren wird, und die damit verbundenen Gefahren. Die Einwohner haben mir gesagt: „In Wirklichkeit interessiert Hamm den Schöffenart nicht, weil wir aus wahltaktischen Erwägungen wahrscheinlich nicht interessant sind“. Im Bereich Bürgerbeteiligung müssen wir dem Schöffenrat eine ungenügende Note ausstellen.

Das Problem liegt nicht darin, dass zahlreiche Schaufenster abends dunkel sind, sondern darin, dass die betreffenden Geschäftsflächen leer stehen. Rat Benoy hat zu Recht auf eine fehlende proaktive Politik der Stadt Luxemburg hingewiesen. Vielleicht kann Finanzschöffe Mosar Kontakt mit dem Bürgermeister der Stadt Esch/Alzette aufnehmen, um sich über die Leerstandstage zu informieren.

Das größte Problem in der Stadt ist zweifellos die Wohnungsnott. Immer häufiger finden sich Menschen infolge eines schweren Schicksalsschlags auf der Straße wieder, obwohl sie eine Arbeit haben oder eine Rente beziehen – ein Phänomen, das im ganzen Land anzutreffen ist. Es gibt Fälle, wo private Eigentümer Menschen kaltblütig aus der Wohnung werfen und sich nicht darum scheren, ob diese obdachlos werden. Wir werden regelmäßig mit solchen Fällen konfrontiert. Es handelt sich um einen Notstand, es kann nicht mehr herumgedoktert werden. Wir leben nicht mehr in den 80er oder 90er Jahren. Die Mieten sind explodiert und viele Menschen, auch Normalverdiener, können diese nicht mehr bezahlen. Die Stadt Luxemburg trifft sicherlich keine Verantwortung, wenn Menschen aus ihrer Wohnung geworfen werden, doch sollte eine Gemeinde über eine ausreichende

Zahl an Notunterkünften verfügen. Im Budget 2026 lässt sich diesbezüglich nicht viel finden.

Der Schöffenrat sorgt sich um die reichen Expats, die wir nach Luxemburg-Stadt locken wollen. Ich habe nichts gegen diese Menschen. Es wird immer so getan, als ob der Bereich der Sportinfrastrukturen das politische Alpha und Omega wären. Wenn ich Finanzschöffe Mosar gut zugehört habe, haben reiche Expats oft einen ausgefallenen Geschmack bezüglich der Sportarten, weshalb man in den Bereich investieren müsse. Ich bin nicht der Ansicht, dass dies zu den Prioritäten der Stadt zählen muss. Finanziell gut gestellte Bürger können es sich ohnehin leisten, ihren ausgefallenen Geschmack privat zu finanzieren.

Nicht alles, was der Schöffenrat tut, ist falsch. Verschiedene Mitglieder des Schöffenrates nehmen sich ihre Aufgabe sehr zu Herzen. Im sozialen Bereich versucht Frau Cahen zu handeln. Ich denke z.B. an das Housing-First-Projekt, über das wir kürzlich im Gemeinderat diskutiert haben. Es ist jedoch auch gewusst, dass nicht alle Menschen, die sich in einer Notsituation befinden, einen Antrag auf Hilfe stellen. Viele wissen nicht einmal, dass sie Hilfe in Anspruch nehmen können. Welche Strategie gibt sich die Stadt Luxemburg, um diese Menschen zu erfassen und ihnen eine Notunterkunft anzubieten?

In der Finanzkommission hat Schöffe Mosar zu Recht die Frage der Aufgaben einer Gemeinde bzw. der öffentlichen Hand im Allgemeinen aufgeworfen. Unsere Meinung deckt sich dabei nicht unbedingt mit der des Schöffenrates. Die Aussage der damaligen britischen Premierministerin Thatcher, „There is no such thing as society“, spiegelte eine Politik wider, die ausschließlich im Interesse der oberen Bevölkerungsschichten betrieben wurde. Die Reichen brauchen keine öffentliche Hand: Mit ihrem Geld können sie sich alles leisten, was sie wünschen. Die große Mehrheit der Bevölkerung braucht jedoch sehr wohl die öffentliche Hand. Sozialpolitik ist eine Frage des richtigen und konsequenten Ausbaus der öffentlichen Dienstleistungen. Je mehr die öffentlichen Dienstleistungen ausgebaut werden, desto weniger muss später auf Wohltätigkeitsmaßnahmen zurückgegriffen werden. Was sind die Zuständigkeitsbereiche einer Gemeinde? Niemand würde die Notwendigkeit öffentlicher Grundschulen in Frage stellen. Den Berichten der Apéri'tours ist zu entnehmen, dass sich die Bürger eine öffentliche Kinderkrippe in ihrem Viertel wünschen. Dieser Nachfrage sollte die Stadt entsprechen, selbst wenn der Besuch einer Kinderkrippe nicht obligatorisch ist. Fakt ist, dass private Kinderkrippen derzeit mit öffentlichen Geldern über Gutscheine (*chèques-services*) finanziert werden. Das System funktioniert nur, weil der Staat oder die Gemeinde in den Markt eingreift. Die Stadt Luxemburg braucht einen Masterplan für öffentliche Kinderkrippen. Die Essensausgabe in Schulen und Kinderkrippen sollte nicht outgesourct werden, sondern muss zu 100 % in öffentlicher Hand bleiben. Auch der öffentliche Transport sollte zu 100 % in öffentlicher Hand bleiben. 60 % der Busstrecken auf dem Stadtgebiet sind outgesourct, was auch Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen des Personals hat.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie viele Leute damals gegen die Tram waren. Mittlerweile ist die Tram Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden. Auch wenn die Situation derzeit noch nicht mit der in Paris zu vergleichen ist, wo z.B. die Metro-Linie 4 zu Stoßzeiten hoffnungslos überfüllt ist und man die zwei oder drei nächsten Metrozüge abwarten muss, bevor man überhaupt einsteigen kann, stößt unsere Tram zu Stoßzeiten an ihre Grenzen. Deshalb kann ich mich der Forderung von *déi gréng*, dass der Schöffenrat seine Blockadepolitik in Bezug auf die Avenue de la Porte-Neuve aufgeben sollte, nur anschließen. Das Trambahnnetz muss konsequent ausgebaut werden.

Selbstverständlich werden weiterhin Autos unterwegs sein und es braucht auch Parkplätze, doch der öffentliche

Transport muss Priorität genießen. Es stellt sich die Frage, ob die bestehenden Parkhäuser nicht alle in öffentlicher Hand sein sollten.

Die Honorare externer Berater sind beachtlich. Hier stellt sich die Frage, ob die Stadt nicht ihre Personalressourcen aufstocken sollte, damit ihre eigenen Dienststellen diese Beratung übernehmen könnten.

Die öffentliche Hand muss auf dem Wohnungsmarkt aktiver werden. Wir haben es mit einer akuten Wohnungskrise zu tun. Der private Markt löst das Problem nicht, sondern verschärft es noch. Eine funktionierende Wohnungspolitik ermöglicht es einem Mindestlohnempfänger, korrekt wohnen zu können. Eine Wohnungspolitik, die dies nicht schafft, ist gescheitert. Selbst Personen, die das Doppelte des Mindestlohns verdienen, haben Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden. Die Stadt sollte sich einen Plan geben, um jungen Menschen eine kommunale Wohnung anbieten zu können. Wer wie die DP seit Jahrzehnten an der Macht ist, hätte vorausschauender sein können, denn die Wohnungsproblematik ist nicht neu. Die Stadt Luxemburg läuft dem Rückstand hinterher, und dies nicht schnell genug. Als weniger guter Schüler unter allen anderen schlechten Schülern im Land, – wobei manche Gemeinden, wie z.B. Esch/Alzette, sehr wohl Anstrengungen unternehmen – sollte man nicht hingehen und mit dem Erwerb von VEFA-Wohnungen prahlen. Unsere Fraktion unterstützt den Ankauf von VEFA-Wohnungen, die in öffentlicher Hand bleiben müssen. Es stimmt, dass der Staat derzeit mehr redet als handelt, doch sollte man nicht vergessen, dass das VEFA-Programm im Rahmen der Krise im Bausektor aufgestellt wurde und vorrangig das Ziel verfolgt, diesen Sektor zu retten. Ohne Baukrise gäbe es ein solches Programm möglicherweise nicht. Ziel der Stadt Luxemburg muss es sein, größter Wohnungseigentümer auf dem Stadtgebiet zu werden, um den unterschiedlichsten Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Devise sollte daher lauten: „Ankauf, Ankauf und noch einmal Ankauf von Wohnungen!“

Das alles ist mit Kosten verbunden, womit wir bei dem von Rat Radoux neu entdecken Keynesianismus wären – eine Theorie, die nicht so recht zur politischen Blutgruppe von Rat Radoux passen will. Ohne Keynesianer zu sein, sind auch wir der Ansicht, dass die Stadt Luxemburg Investitionen tätigen muss. In bestimmten Situationen ist Keynesianismus besser als ein Laissez-faire. Die DP erklärt uns stets, dass ein Staat oder eine Gemeinde ein bisschen wie ein Haushalt verwaltet werde. Das ist Unsinn! Ein Staat, eine Gemeinde kann Defizit machen, kann Investitionen tätigen, wenn es Sinn macht, denn davon profitiert die Allgemeinheit. Die Ausgaben werden in den kommenden Jahren steigen, weil die Bedürfnisse u.a. im Bereich Wohnen zunehmen werden. Daher ist es wichtig, möglichst viele Wohnungen anzukaufen und diese im Besitz der Stadt zu halten. Durch die gezahlten Mieten wird Geld in die Gemeinkasse zurückfließen und auch der Staat kann uns mit Subventionen unterstützen. Der Wohnungsbau muss ganz oben auf der Prioritätenliste des Schöffenrates stehen. In der Finanzpolitik der Stadt gibt es verschiedene Hebel, die in Bewegung gesetzt werden können. Die Stadt lehnt jedoch eine Anhebung des Hebesatzes der kommunalen Gewerbesteuer ab. Finanzschöffe Mosar meinte, dass Unternehmen sich nicht nur wegen der Steuerpolitik in Luxemburg-Stadt niederlassen würden. Wenn dem so ist, könnte sich die Stadt doch erlauben, den Hebesatz der Gemeindesteuer anzuheben, um ihre Einnahmen zu erhöhen. Daher erneut mein Appell an den Schöffenrat, sich mit den Nachbargemeinden an einen Tisch zu setzen und einen gemeinsamen Hebesatz festzulegen, um das Dumping zwischen den Gemeinden zu bremsen. Die Gemeinden im Süden des Landes sind diesen Weg gegangen. Die Stadt Luxemburg ist auf Einnahmen aus der Gewerbesteuer angewiesen, um Investitionen tätigen und den Keynesianismus von Rat Radoux umsetzen zu können.

déi Lénk werden das Budget 2026 nicht mittragen.

Rätin Colette MART (DP): Es sind die 26. Budgetdebatten, an denen ich im Gemeinderat der Stadt Luxemburg teilnehme. Wie jedes Jahr stellen diese eine gute Gelegenheit dar, um einen Überblick zu erhalten über das, was die Stadt alles im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger leistet. Ich beglückwünsche Rätin Anne Kaiffer für ihren Budgetbericht, der uns viele interessante Informationen über den Handel in der Hauptstadt sowie über die Beziehung zwischen dem Handel und der Belebung des Stadtzentrums sowie des Bahnhofsviertels liefert. Ich werde mich auf jene Bereiche beschränken, die ich am besten kenne: Chancengleichheit, Soziales, Kultur und Schule. Ich werde auch einige Worte zum Bereich Mobilität sagen, denn Mobilität ist für jeden von uns im Alltag ein Thema.

Die Chancengleichheit in der Gemeinde sehe ich immer noch ein bisschen als mein Baby an, auch wenn ich in der Zwischenzeit eher die Großmutter des Babys bin. Ich begrüße die aktuellen Ausrichtungen der Chancengleichheitspolitik. Im Jahr 2000 wurde ich zur Präsidentin der ersten Chancengleichheitskommission ernannt. Ich hatte damals kaum politische Erfahrung und habe das getan, was ich eigentlich immer im Leben tue: Ich habe meine Überlegungen niedergeschrieben. Zusammen mit Frau Ferny Nicklaus-Faber, der Vizepräsidentin der besagten Kommission, traf ich mich in der „Chamber“ mit dem damaligen Schöffen Claude Wiseler, um über das Basiskonzept einer Politik zur Förderung der Chancengleichheit in der Hauptstadt, auch innerhalb der Gemeindeverwaltung, zu diskutieren. Dieses Konzept wurde vom Schöffenrat gutgeheißen. Die erste Chancengleichheitsbeauftragte, Frau Véronique Scheer, wurde bald darauf eingestellt. Ich hatte damals keine Ahnung, auf wie viel Gegenwind Véronique Scheer stoßen würde und ich selbst habe mich mit meinen Initiativen auch nicht unbedingt beliebt gemacht. Doch man muss wissen, wo man steht. Es war damals eine andere Zeit. Dass diese bis heute nachklingt, mussten wir in rezenten öffentlichen Debatten feststellen. In einer zweiten Phase hat Annemie Maquil den initialen Aktionsplan ausgebaut und auf ein sehr professionelles Niveau gehoben, mit dem Ziel, die Chancengleichheit in alle Bereiche der Gemeindepolitik einfließen zu lassen. Frau Maquil wurde von allen aufeinanderfolgenden Schöffen unterstützt. Heute hat die Chancengleichheit einen Platz gefunden, der vor 26 Jahren noch nicht vorstellbar war.

Die Ausweitung der Thematik auf Diversität und auf Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung ist zu begrüßen. Im Jahr 2012 hat die Stadt Luxemburg eine Diversitätscharta unterschrieben. Chancengleichheit ist nicht nur ein Anliegen der Dienststelle der Beauftragten für Chancengleichheit, sondern auch unserer Dienststelle *Intégration et Besoins spécifiques*, des Service Sports und der *Coordination culturelle*. Das Thema ist von sehr großer, oft jedoch auch von trauriger Aktualität. Die häusliche Gewalt gegen Frauen – und in manchen Fällen auch gegen Männer – nimmt nicht ab. Oft steht dies mit sozialer Prekarität im Zusammenhang: Die betroffenen Personen können sich nicht schützen, weil ihnen die finanziellen Mittel fehlen. Männer als Opfer stellen zwar eine Minorität dar, doch darf man sie nicht vergessen. Auch Jugendliche oder kleine Jungen können betroffen sein. Wir haben es hier mit einem gesellschaftlichen Tabu zu tun, das wir angehen müssen. Frau Maquil hat dieses Thema früh in ihre Arbeit integriert. Im Rahmen des internationalen Männertages wurden Events organisiert. Dieses Jahr wurde in Präsenz des Filmemachers ein Film vorgestellt, in dem das Thema Diskriminierung aus männlicher Perspektive behandelt wird. Es war dies eine hervorragende Initiative, ein Tabubruch auf vielen Ebenen. Auf diese Art und Weise kann unsere Gesellschaft Fortschritte erzielen. Daher meine Glückwünsche an die zuständige Dienststelle und an Schöffe Maurice Bauer!

Die Stadt Luxemburg engagiert sich seit langem gegen Diskriminierung von Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung. Dies ist zu begrüßen, doch sollten wir nicht

vergessen, dass das Leid dieser Menschen oft weit in ihre Kindheit zurückreicht und die öffentliche Debatte daran auch nicht immer alles ändert. Personen mit einer anderen sexuellen Orientierung haben im Allgemeinen eine gute Interessenvertretung und sind auch in der Politik vertreten. Es gibt aber immer noch Gruppen in unserer Gesellschaft, die keine Lobby und keinen Platz haben, um ihr Leid zum Ausdruck zu bringen. Es freut mich, dass das Familienministerium einen Aktionsplan gegen Rassismus veröffentlicht hat, und ich begrüße, dass die Stadt Luxemburg eine zusätzliche Person eingestellt hat, die sich des Themas Diversität im Speziellen annehmen soll.

Aus Studien des CEFIS und des LISER aus dem Jahr 2022 geht hervor, dass es vor allem Personen mit Migrationshintergrund – Afrikaner, Muslime, Portugiesen, Chinesen – und mit einem prekären sozialen Status sind, die Tag für Tag Opfer von Vorurteilen werden, abwertende Bemerkungen, Diffamierungen, Mobbing und alle Formen von sozialem Ausschluss erleben. Afrikaner werden aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert. Ihnen sowie den Portugiesen wird oft nachgesagt, unser Sozialsystem ausnutzen zu wollen. Es wird oft vergessen, dass wir sowohl mit Portugal als auch mit den Kapverden Immigrationsverträge abgeschlossen haben und wir ohne Immigration nicht mehr funktionieren könnten. Auch der Antisemitismus hat zugenommen. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir den französischen Psychiater Frantz Fanon zu zitieren, der einmal sagte, dass ein Antisemit immer auch ein Rassist sei. Frauen erfahren nach wie vor in vielen Bereichen Diskriminierung und Klischees sind nach wie vor verbreitet. Das CEFIS hat unterstrichen, wie wichtig es ist, einen sicheren Platz zu schaffen, wo die Betroffenen Gehör finden. Einen solchen Platz haben wir für unser Gemeindepersonal mit der Abteilung „Egalité et bien-être au travail“ geschaffen. Eine Psychologin steht dem Personal für Gespräche zur Verfügung. Der nationale Aktionsplan gegen Rassismus sieht auch Aktionen auf kommunaler Ebene vor. Die Stadt Luxemburg könnte sich darüber hinaus einen kommunalen Aktionsplan gegen Rassismus geben und einen kommunalen Preis für antirassistische Initiativen ins Leben rufen. Laut der CEFIS-Studie sind solche Aktionen wirksam.

Sämtliche Investitionen in neue Schulinfrastrukturen sind zu begrüßen. Die Schule hat sich verändert und beim Bau neuer Gebäude müssen die neuen Unterrichtsmethoden mit berücksichtigt werden. Die Schulfoyers sind integraler Bestandteil der Schulpolitik und müssen in den Schulcampus integriert werden. Hinsichtlich des Prinzips der Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulfoyer müssen Fortschritte erzielt werden.

Ich begrüße die innovativen Ansätze im Rahmen der Schulbauprojekte im Viertel Kirchberg und im Bahnhofsviertel sowie auch die Renovierung des Schulgebäudes Rue Henri VII, in dem Schule und Schulfoyer untergebracht werden. Das Projekt „Wanterbësch“ des CAPEL ist eine flotte Initiative. Vor wenigen Minuten hat mich eine SMS von einer Großmutter erreicht, die sich darüber freut, dass die Kinder mit dieser Aktion an das Handwerkliche herangeführt werden. Die Dienststelle CAPEL zeigte sich traurig darüber, nicht mehr Teil der Aktion Winterkids zu sein. Persönlich bin ich der Meinung, dass das Projekt Wanterbësch eine hervorragende Alternative darstellt, die den Kindern interessante und kreative Aktivitäten in der Zeit vor Weihnachten ermöglicht.

Nun zur Sozialpolitik. Kürzlich hat der Gemeinderat einem Projekt zur Schaffung von Housing-First-Wohnungen in Hollerich zugestimmt. Für ein entsprechendes Projekt in Eich hatte er bereits grünes Licht gegeben. Dem Budgetbericht ist zu entnehmen, dass die Stadt auch in Zukunft in möblierte Zimmer und in Housing-First-Strukturen investieren wird. Die verschiedenen Modelle werden unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht. Menschen, die sich in einer prekären Situation befinden, sind immer auch Opfer von Diskriminierungen. Eine

an der Universität Luxemburg lehrende Philosophin sagte kürzlich in einem Interview, dass diese Ablehnung daher komme, dass wir durch diese Menschen mit unserer eigenen Verletzlichkeit konfrontiert werden. In den genannten Strukturen sind eine gute Begleitung, ein nettes Wort und die Hoffnung, dass man aus der Notsituation herauskommen kann, wichtig. Und auch das Thema „violence institutionnelle“ muss in unserem Hinterkopf präsent bleiben. Bei allen Maßnahmen, die wir armen Menschen auch in Zusammenarbeit mit vor Ort tätigen Vereinigungen anbieten, gilt es den richtigen Mittelweg zu finden, die Menschen ohne Druck zu begleiten, sie positiv aufzubauen und keine Erwartungen an sie zu stellen, die sie nicht erfüllen können.

Die Schaffung von „tiers lieux“, die öffentlichen Aktionen in Sinne des multikulturellen Austauschs und auch allgemein unsere Kulturpolitik, z.B. die Förderung des Kulturpasses, zählen zu unseren politischen Prioritäten und tragen zum interkulturellen Dialog in unserer Stadt bei. Auf nationaler Ebene wurde der Armutsplan vorgestellt. Das Sozialhilfegesetz wird überarbeitet. Unsere Sozialschöffin ist die ideale Person, um aus der Sicht der Stadt Luxemburg den richtigen Input zu geben, dies vor dem Hintergrund, dass sich in der Stadt viele soziale Probleme stellen und viele soziale Institutionen auf dem Stadtgebiet angesiedelt sind.

Ich höre immer wieder Bürger, die lobende Worte für das renovierte Parkhaus „Knuedler“ haben und es gut finden, dass man hier stets einen Parkplatz findet. Im Budget 2026 sind Gelder für die Renovierung weiterer Parkhäuser vorgesehen. Auch in ausländischen Städten entsteht eine neue Generation von Parkhäusern – mit breiteren Stellplätzen, einer angenehmen Beleuchtung und etwas Farbe.

Der Ausbau des Tramnetzes ist ebenfalls zu begrüßen. Mit der Tram zum Centre Hospitalier oder zum Flughafen fahren zu können, wird unsere Mobilität weiterbringen. Das Zusammenspiel von Fahrrad und Trambahn ist ebenfalls wichtig, weshalb an jeder Tramhaltestelle Fahrradständer vorhanden sein sollten.

Was den kulturellen Bereich angeht, sind u.a. die Investitionen in das Konservatorium und die Kinemathek zu begrüßen. Unsere Kultur ist auch an alternativen Standorten gut organisiert. Verschiedene Gemeinderatsmitglieder haben dem Konzert der Schule Hollerich am Standort Geeseknäppchen beigewohnt. Ich freue mich auf den Künstler Robert Bradford im Kapuzinertheater. Wir geben demnach auch unseren alten Erinnerungen und unseren Emotionen einen Platz in der Stadt Luxemburg. Robert Bradford würde es mit den Worten „The way we were“ formulieren.

Was den öffentlichen Raum betrifft, würde ich mir die Aufstellung weiterer Ruhebänke in den verschiedenen Stadtteilen wünschen. Die Stadt Luxemburg hat sich externe Beratung zur weiteren Begrünung des urbanen Raumes geholt. Wie weit ist diese Studie gediehen? Sämtliche Aktivitäten, die am Standort „Schluechthaus“ stattfinden, die Initiativen „Repair“ und „Second Hand“ sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wir denken darüber nach, wie wir unseren Büchern und Kleidern ein zweites Leben geben können, wie wir alte, liebgewonnene Gegenstände reparieren lassen können.

Ich werde das Budget 2026 selbstverständlich unterstützen.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Vorab will ich allen danken, die an der Aufstellung der Budgetdokumente mitgearbeitet haben. Mein Kollege François Benoy ist bereits auf viele Punkte aus der Perspektive von déi gréng eingegangen. In den Ausführungen der Redner anderer Oppositionsfraktionen gab es vieles, das ich unterschreiben kann.

Zu den Aufgaben der Opposition zählt es, ein kritisches Auge auf die Ausgaben zu haben und zu schauen, ob das Geld im

Interesse der Bürgerinnen und Bürger ausgegeben wird. Das Sozialbudget der Stadt Luxemburg für das Jahr 2026 beträgt 17,4 Millionen Euro – eine beachtliche Summe! Mit 7,9 Millionen Euro werden Partnerorganisationen, die soziale Dienstleistungen für die Stadt übernehmen, unterstützt. Dieses Budget entspricht in etwa dem der Dienststelle „Fêtes et Marchés“. Trotzdem sehe ich eine Reihe von Mängeln und Herausforderungen. Die Stadt muss mehr Wohnungen für verletzte Menschen erwerben, insbesondere Housing-First-Wohnungen. Auch müssen zusätzliche Duschmöglichkeiten und WCs geschaffen werden. Mir ist bewusst, dass es nicht einfach ist, einen geeigneten Standort dafür zu finden, doch muss die Stadt weitersuchen, denn mancherorts wird der öffentliche Raum langsam zu Toiletten. In einer Kommissionssitzung war ein Standort in Kockelscheuer angesprochen worden. Benötigt werden auch zusätzliche Schließfächer, in denen obdachlose Personen ihre persönlichen Gegenstände sicher aufbewahren können, zusätzliche Wohnungen für Opfer häuslicher Gewalt und dezentrale Tagesstrukturen, auch für drogenabhängige Personen. Rat Radoux meinte, dass die Stadt Luxemburg nicht die ganze Not im Land, in der Großregion und in Europa auffangen könne. Dazu möchte ich anmerken, dass die Verantwortlichen des „Abrigado“ klar und deutlich erklärt haben, dass es sich bei den Klienten dieser Struktur mehrheitlich um Männer im Alter von 35 bis 55 Jahren handelt, vor allem um Luxemburger, Portugiesen, Franzosen und Italiener, die seit längerer Zeit in Luxemburg leben. Tendenziöse Aussagen sollten unterlassen werden!

In der Stadt mangelt es an öffentlichen Kinderkrippen, die vor allem für finanziell schwache Haushalte wichtig sind. Private Kinderkrippen stellen nämlich den vollen Tarif in Rechnung, auch wenn das Kind nicht Vollzeit versorgt wird. Bei der Neugestaltung der Schulhöfe geht es nicht schnell genug voran. Sieht der Schöfferrat keine Priorität darin? Die Einrichtung eines „guichet unique“ könnte den Eltern die Einschreibung ihrer Kinder in die Grundschule und in das Schulfoyer vereinfachen. Im Budget 2026 finde ich keine Angaben hierzu. Wie steht es um dieses Projekt? Im Budget sind auch Gelder für die Durchführung einer Zufriedenheitsumfrage bezüglich der Schulfoyers eingeschrieben – eine Maßnahme, die ich bereits in einer am 15. Juni 2020 eingereichten Motion gefordert hatte. Ich warte mit Spannung auf die Ergebnisse dieser Umfrage und auf die Maßnahmen, die daraufhin ergriffen werden.

Als Präsidentin der Chancengleichheitskommission freut es mich, dass nach langen Jahren endlich umfangreichere Mittel für den Bereich Chancengleichheit im Budget vorgesehen sind. Die zuständige Dienststelle zählt jedoch nur zwei Vollzeit-Mitarbeiter. Die betreffenden Personen leisten eine hervorragende Arbeit und decken sowohl interne als auch externe Aufgaben ab (Veranstaltungen, Sensibilisierungsarbeit, usw.). Mit der Unterzeichnung der „Charte de la diversité“, der „Charte pour l'égalité entre femmes et hommes dans la vie communale“ und durch die Mitgliedschaft im „Rainbow City Network“ ist die Stadt Verpflichtungen eingegangen.

Die *Luxembourg Pride* soll im kommenden Jahr in Luxemburg-Stadt stattfinden. *déi gréng* begrüßen dies ausdrücklich, genauso wie den Umstand, dass diese Veranstaltung künftig im Wechsel mit der Stadt Esch/Alzette organisiert werden soll. Es ist wichtig, klare Botschaften an die Adresse von Kritikern zu richten. In vielen Ländern werden die Menschen nicht unabhängig von ihrer Genderidentität und sexuellen Orientierung anerkannt und vielen von ihnen wird kein Platz in der Gesellschaft zugestanden. Die *Pride* soll ein spezifisches Event, ein „safe place“ für die LGBTIQ+-Gemeinschaft sein, das dieser Gemeinschaft in ihrer ganzen kulturellen Diversität eine große Sichtbarkeit gibt. Mit Blick auf den Handel, den die Budgetberichterstatterin in den Mittelpunkt ihres Berichtes gestellt hat, wird eine *Luxembourg Pride* auch einen konkreten positiven Impakt auf die lokale Geschäftswelt, die Gastronomie und Hotellerie haben. Angesichts des doch recht hohen Betrags von 250.000 €, der im Budget für die

Organisation der *Luxembourg Pride* eingeschrieben ist, finde ich es allerdings bedauerlich, dass wir unsere Zustimmung geben müssen, ohne die Details des Konzeptes zu kennen. Ich gehe davon aus, dass diese Details im Laufe des Jahres 2026 nachgeliefert werden.

Eine Stadt für alle bedeutet auch, gegen jede Form von Ausgrenzung von Menschen wegen ihrer ökonomischen Situation, ihrer Herkunft oder Hautfarbe anzugehen. In diesem Zusammenhang sind kürzlich zwei nationale Aktionspläne vorgestellt worden: der nationale Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung der Armut und der Nationale Aktionsplan Antirassismus. Ich teile die Ansicht, dass beide Aktionspläne auf die kommunale Ebene übertragen werden sollen. Mit unserem Sozialmonitoring geben wir uns eine gewisse Grundlage im Kampf gegen Armut. Ich habe dieses Projekt stets begrüßt und unterstützt, doch sollten nun auf der Grundlage der Studien endlich konkrete Maßnahmen ausgearbeitet und umgesetzt werden. Was die Aktionen gegen Rassismus angeht, können wir noch „eine Schippe“ zulegen. Konkrete Ideen wären hier die Sensibilisierung und Fortbildung von Personal, das im Rahmen seiner Arbeit mit Bürgerinnen und Bürgern im Kontakt steht (Kinderstrukturen, Seniorenstrukturen), die Einrichtung einer kommunalen Anlaufstelle, wo Beschwerden eingereicht und Beschwerdeverfahren eingeleitet werden können, sowie die Ausarbeitung einer Charta, die sich auf verschiedenen Ebenen, insbesondere in den Schulen und Schulfoyers, und, warum nicht, auch auf Vereinsebene umsetzen ließe. Eine repräsentative Studie des „Centre de l'égalité de traitement“ aus dem Jahr 2024 stellt fest, dass 40 % der Befragten selbst Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und/oder Hautfarbe erfahren haben. Mir liegt es fern, zu unterstellen, Rassismus zu verallgemeinern, doch gilt es weiterhin Sensibilisierungsarbeit zu leisten und dafür Sorge zu tragen, dass Menschen, die Opfer von Rassismus werden, die Möglichkeit haben, sich zu wehren.

déi gréng erkennen an, dass der Schöfferrat im sozialen Bereich nicht untätig ist, doch scheint uns klar, dass breite Schultern mehr tragen können und müssen. Es bleiben Mängel, die man jedoch als Opportunität sehen kann, um unsere Stadt für alle noch inklusiver, gerechter und sozialer zu machen.

Rätin Pascale AREND (DP): Die Stadt Luxemburg wächst weiter und steht damit auch vor großen Herausforderungen, aber auch vor großen Chancen, die wir nutzen müssen, um unsere Stadt zukunftsorientiert zu gestalten, mit einem klaren Fokus auf den Sport, die Bildung unserer Kinder, die Mobilität, den Handel und die Schaffung von Wohnraum. Die Bürgerinnen und Bürger haben bisher eine sehr gute Lebensqualität genossen, die jedoch in letzter Zeit etwas gelitten hat. Die aktuelle Situation zeigt uns, dass wir bei der Finanzplanung weiterhin Vorsicht walten lassen müssen, damit auch die jungen Generationen in demselben Maße wie wir von unserer schönen Stadt profitieren können.

Sämtliche Studien zeigen, dass Sport nicht nur ein Hobby ist, sondern uns auch dabei hilft, länger gesund und fit zu bleiben. Als Präsidentin der Sportkommission freut es mich demnach sehr, dass die Stadt Luxemburg im Jahr 2026 mit 48,3 Millionen Euro weiterhin massiv in den Sport investieren wird, dies im Interesse der Kinder, der Erwachsenen und Senioren. Die 120 vom Service Sports hervorragend organisierten Sportkurse richten sich an alle Altersgruppen und erfreuen sich einer so großen Beliebtheit, dass sie fast immer zu 100 % ausgebucht sind. Das Gleiche gilt für die ebenfalls professionell organisierten Sportwochen. Die Sportdienststelle wirkt auch bei der Organisation großer Sportveranstaltungen mit (z.B. ING-Marathon, Tour de Luxembourg und „City Jogging“).

Das Budget 2026 sieht rund 20 Millionen Euro vor für Erd- und Infrastrukturarbeiten im Hinblick auf die Umsetzung des neuen Leichtathletikkomplexes in Hamm, mit seinen zwei

Stadien, die dem internationalen Standard entsprechen, seinen Sporthallen, seiner Trainingsbahn und seinen zwei Fußballfeldern. Bekanntlich muss das Leichtathletikstadion für die Spiele der Kleinen Staaten von Europa im Jahr 2029 fertiggestellt sein. Die vorbereitenden Arbeiten sollen im März 2026 anlaufen. Das Projekt ist nicht nur für den Sport und unsere Leichtathleten wichtig, sondern auch, um der akuten Wohnungskrise entgegenzuwirken. Am Standort des alten Stadions besitzt die Stadt Luxemburg ein großes Areal, wo ein großes Wohnungsbauprojekt in bester Lage umgesetzt werden soll. Damit kann jedoch erst begonnen werden, wenn das Projekt in Hamm umgesetzt ist. Ich hoffe, dass nicht langwierige Prozeduren und NIMBY-Aktionen dieses wichtige Wohnungsbauprojekt ausbremsen werden.

Zu begrüßen ist auch, dass alle unsere Sportinfrastrukturen gut ausgelastet sind. Der Schöffenrat ist sich der Tatsache bewusst, dass unsere Sportinfrastrukturen aufgrund der zahlreichen Aktivitäten der 180 auf dem Stadtgebiet angesiedelten Vereine und des Breitensports aus allen Nächten platzieren. Wir sollten über alternative Wege zur Optimierung der Nutzung der Infrastrukturen nachdenken, z.B., indem wir unsere Sporthallen und Schwimmbäder während der Ferienzeit oder an Wochenenden für die Vereine und für Privatleute öffnen. Warum nicht das *Stade Josy Barthel*, wie früher, außerhalb der Trainingszeiten des CSL für jeden öffnen, der dort trainieren will? Der Mehrjahresplan sieht massive Investitionen zur Schaffung von Sportinfrastrukturen in Zessingen, Dommeldingen, Belair und Kirchberg sowie die Renovierung und den Ausbau bestehender Infrastrukturen vor. Als langjähriges Vorstandsmitglied des größten Luxemburger Schwimmvereins weiß ich, dass wir, was die Schwimmbäder angeht, längst mit unseren Kapazitäten am Limit angekommen sind. Umso mehr begrüße ich, dass bei vielen neuen Sportinfrastrukturen, z.B. in Dommeldingen und Kirchberg, auch Schwimmbecken vorgesehen sind. Doch leider reichen diese nicht aus, um die aktuellen Bedürfnisse zu decken.

Eines der wesentlichen Ziele im Mobilitätsbereich war es, im Jahr 2025 unsere komplette Busflotte auf Elektro umzustellen. Nun gilt es im Rahmen des Mobilitätsplans den nachhaltigen Transport zu fördern, das Trambahnnetz auszubauen und den sanften Verkehr zu fördern. Rad- und Fußgängerwege müssen ausgebaut und sicherer gemacht werden. Vieles wurde bereits umgesetzt, doch auch hier gilt es noch schneller voranzukommen.

Es wäre interessant, unsere Stadt durchgehend als Tempo-30-Zone mit Berliner Kissen zu gestalten, und so unsere Straßen für Radfahrer und Fußgänger noch sicherer zu machen und die Attraktivität für den Durchgangsverkehr zu verringern. Da endlich eingesehen wurde, dass die Berliner Kissen das wirksamste Mittel sind, um den Durchgangsverkehr zu bremsen, hoffe ich, dass diese nun flächendeckend

eingeführt werden. Dabei gilt es jedoch stets im Hinterkopf zu behalten, dass die Stadt von und mit den Menschen lebt, die jeden Tag hierher zur Arbeit oder zum Shoppen kommen. Ich kann daher nur begrüßen, dass im Budget 2026 Gelder für die Renovierung unserer Parkhäuser vorgesehen sind.

Im Einklang mit dem Bildungsministerium wurden die nationalen Bestimmungen über ein weitgehendes Handyverbot auch in unseren Grundschulen und Schulfoyers umgesetzt, um die Konzentrationsfähigkeit der Schüler zu verbessern. Liegen dem Schöffenrat bereits Ergebnisse der Studie vor? Nun gilt es, das Projekt „Alpha“ in unseren Schulen umzusetzen, unsere Kinder gemeinsam aufwachsen zu lassen und die Bildungschancen auszugleichen. Es freut mich festzustellen, dass viel in den Bau und die Modernisierung unserer Schulkomplexe und Schulfoyers investiert wird, damit wir dem Bedarf an Kinderbetreuung gerecht werden können.

Auch in der Sozialpolitik schlält unsere Stadt nicht. Mit seinen aufwändigen und kostenintensiven Aktivitäten des Sozialamtes, seinem „Service Logement“, der Schaffung von „tiers lieux“ und Housing-First-Strukturen sowie seinem großen Bestand an erschwinglichen Wohnungen setzt sich die Stadt von allen anderen Gemeinden im Land ab. Hervorzuheben sind auch die Aktivitäten unseres Seniorendienstes. Auch er leistet eine hervorragende Arbeit – und, um es mit den Worten von Schöffin Cahen zu sagen: „Et ass richteeg flott, aal ze ginn an déser Stad“. Die Stadt Luxemburg kümmert sich auch um die älteren Mitbürger, denen es nicht so gut geht. In diesem Zusammenhang sei etwa auf die Dienstleistungen „De roude Knäppchen“, „Repas sur roues“ und das Angebot zur Durchführung kleinerer Arbeiten im oder rund um das Haus hingewiesen.

Auch unserer Dienststelle „Fêtes et marchés“ und dem zuständigen Schöffen Patrick Goldschmidt möchte ich ein großes Lob aussprechen, ist es doch ihr Verdienst, dass unsere „Winterlights“ dieses Jahr von der renommierten BBC zum besten Weihnachtsmarkt in Europa gekürt wurden. Und auch sonst scheut die Dienststelle keine Mühe, um viele professionell organisierte Gratiskonzerte, wie z.B. auf der *Kinnekwiss* und auf dem *Glacis* zu veranstalten. Auch die „Schueberfouer“ und die „Éimaischen“ sind bei unseren Bürgern und über die Grenzen der Stadt Luxemburg und unseres Landes hinaus beliebte Veranstaltungen.

Abschließend möchte ich allen Mitarbeitern der Dienststellen der Stadt Luxemburg für die hervorragende Arbeit, die sie im Jahr 2025 geleistet haben, danken. Ein besonderer Dank gebührt Frau Castagna und Herrn Reding von der Finanzdirektion sowie der Finanzkommission. Ein großer Dank geht auch an Rätin Anne Kaiffer für ihren detaillierten und sehr interessanten Budgetbericht.